

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.



Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangitoren. M. 2.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts durch die Postämter. — Bezugs-Bestellungen nehmen entgegen: in Wiesbaden die Zentraldruck-Veranstaltung, in allen Teilen der Stadt, in Berlin: die Postämter, in den übrigen Teilen der Reichs- und Provinzial-Veranstaltungen und in den übrigen Teilen der Reichs- und Provinzial-Veranstaltungen.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „kleiner Anzeiger“ in einbeidiger Spalte; 20 Pfg. in beidseitiger Spalte; 25 Pfg. für alle übrigen Anzeigen; 1 Wrt. für lokale Anzeigen; 2 Wrt. für auswärtige Anzeigen. — Gang, halbe, dreierlei und viererlei Seiten, durchgehend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unbenutzter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 18. Juli 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 329. + 62. Jahrgang.

Das preußische Wohnungsgesetz.

Von Stadtrat Dr. Fleck (Frankfurt a. M.), Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

I.
Der Entwurf des Wohnungsgesetzes liegt in zweiter Lesung vor und wird im Herbst ziemlich unverändert angenommen werden, denn die konservativen Fraktionen und das Zentrum sind einig. Auch soll nicht geglaubt werden, daß der Entwurf eine Reihe neuer Bestimmungen enthält, die nützlich wirken können, und einzelne, die Mängel oder Unklarheiten des gegenwärtigen Rechtszustandes beseitigen. Zu den letzteren rechnen wir z. B. die Vorschrift, daß künftig auch hinter die Straßensuchtlinie zurückweichende Baufluchtlinien festgesetzt werden können; daß über die Dispensverweigerung (beim Bau an unfertigen Straßen) im Streitfall der Bezirksausschuss entscheidet; ferner, daß die Gemeinde das Recht erhält, die sogenannten Baumassen (zur Bebauung ungeeignete, an die Fluchtlinie einer Straße angrenzende Grundstücke) zu enteignen, und endlich, daß das Gesetz wegen der zwangsweisen Zusammenlegung von Grundstücken die sogenannte Lex Adides künftig auf Antrag jeder Gemeinde durch den Oberpräsidenten unter Zustimmung des Provinzialrats eingeführt werden kann.

Zu den anderen Vorschriften des Gesetzes, die auf Besserung der Wohnungsverhältnisse jedenfalls abzwecken, rechnen wir den Artikel 3, nach welchem Wohnungsordnungen in allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern erlassen werden müssen, und die Vorschriften des Artikels 4 über die Wohnungsauflage. Allerdings ist ohne weiteres ersichtlich, daß die mitgeteilten Verbesserungen des geltenden Rechts kaum solche sind, die mit den Ursachen unserer Wohnungsnot zusammenhängen — und daß die Vorschriften über Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht, so gut sie gemeint sind, leicht zu einer Verschlimmerung des Übels, nämlich zu einer Verteuerung der Wohnungen führen können. Die typische Familienwohnung, d. h. die Wohnungskategorie, die zurzeit von den Familien weitaus am meisten benutzt wird, umfaßt nicht mehr als Zimmer und Küche oder zwei Zimmer und Küche. In Berlin hatten 1905 unter 524 441 überhaupt vorhandenen Wohnungen 223 691 nur ein Zimmer mit oder ohne Küche und 147 586 nur zwei Zimmer mit oder ohne Küche. Von den 53 832 Wohnungen, die 1910 von der Eisenbahnverwaltung aus Staatsfonds hergestellt waren, hatten 33 861 nur ein, zwei oder drei Räume (Küche eingerechnet). Wenn die Familien sich so eng zusammenhängen, geschieht es nicht, weil sie die engen Wohnungen lieben, sondern weil sie die geräumigeren nicht zahlen können. Je größer die Familie, je höher die Bedürfnisse, je

weniger Geld bleibt für die Wohnung übrig. Der Lohn aber ist gleich, einerlei wie groß die Familie ist. Die Bedingungen, nach denen sich der Arbeitslohn reguliert, und die Bedingungen, nach denen sich das Wohnungsbedürfnis bestimmt, stehen miteinander im Widerspruch. Auf diesen — vielleicht den wundensten Punkt unserer gesamten Volkswirtschaft — zielt das bekannte Schlagwort, daß die Wohnfrage Lohnfrage ist. Und deshalb sind Bestimmungen, die den Preis der Wohnungen direkt oder indirekt erhöhen, bedenklich, auch wenn sie an sich noch so richtig sind. Deshalb auch betreffen alle auf das Wohnungsweesen bezüglichen Gesetze oder Verwaltungsmaßnahmen Nebenpunkte, wenn sie nicht dazu helfen, daß den Unbemittelten größere Räume für ihre Familien, d. h. für die Kindererziehung und für die geistige und körperliche Erholung der Erwachsenen zur Verfügung gestellt werden können.

Voraus es ankommt, ist, daß künftig die Wohnungen billiger und in größerer Ausdehnung hergestellt werden können und daß den Leuten, die heute in allzu engen Wohnungen zusammengedrängt sind, die zur Kinderfürsorge und zur eigenen körperlichen und geistigen Erholung erforderlichen Räume sonstwie zur Verfügung gestellt werden können. Deshalb hatten die Abgeordneten der Volkspartei die Einführung von Bestimmungen beantragt, durch welche die öffentlichen Baulasten ermäßigt oder erlassen werden können, falls in hierfür geeigneten Straßen (Kleinvohnungsstraßen) Wohnungen für gering Bemittelte oder für solche Zwecke errichtet werden, die im besonderen Interesse der Familie liegen, welche solche Wohnungen benutzen (Kinderfürsorge, Erholung Erwachsener, Fortbildung usw.). In der Besprechung über diesen Antrag erkannten alle Redner an, daß es notwendig sei, alsbald eine gesetzliche Regelung der Materie (Ermäßigung der Anliegerbeiträge bei Kleinvohnungsbauten) herbeizuführen. Man war auch durchgehend der Auffassung, daß gerade diese Ermäßigung geeignet sei, eine Besserung auf dem Gebiete des Kleinwohnungsweesens herbeizuführen. Aber — man lehnte den Antrag aus formellen Gründen ab, weil er mehr zum Kommunalabgabengesetz gehöre! Und fast noch schlimmer ging es dem weiteren Antrag der Volkspartei, daß Staatsmittel, ganz in der gleichen Art wie für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter in staatlichen Betrieben, auch zunächst in Höhe von 25 Millionen zur Förderung des Wohnungsweesens im allgemeinen bewilligt werden sollten. Aus dem Betrag und den späteren Bewilligungen sollten Verwendungen zugunsten von Gemeinden gemacht werden, in denen Mangel an Wohnungen für Unbemittelte bestehe, und zwar im wesentlichen derart, daß ihnen Darlehen und Zuschüsse zu Einrichtungen und Veranlagungen gegeben würden, die im Interesse des Familienlebens überall da notwendig werden, wo eine größere Zahl der heute leider allein möglichen engen Wohnungen für Unbemittelte neu errichtet wird

(Kindergärten, Spiel- und Erholungsplätze, Besehellen usw.); ferner Beiträge zur Errichtung von Ledigenheimen oder auch zur Gewährung zweiter Hypotheken an diejenigen, die gesunde, zweckmäßig eingerichtete Wohnungen für Unbemittelte bauen. Auch dieser Antrag fand allgemeine Sympathie, wurde aber „aus prinzipiellen Gründen“ abgelehnt und statt dessen eine Resolution beschloffen, welche die Regierung ersucht, „im Sinn der praktischen Durchführung des Wohnungsgesetzes zur Förderung des Kleinwohnungsweesens Maßnahmen zu treffen und Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Es haben also die Anträge zur materiellen Besserung des Wohnungsweesens in der Kommission platonische Sympathie und tatsächliche Zurückweisung erfahren. Dafür wurde aber eine Reihe bisher nicht erwähnter Bestimmungen beschloffen, deren Annahme nur möglich war, weil konservative und Zentrum das Übel im Wohnungsweesen hauptsächlich auf — Fehler der Gemeindeverwaltung zurückführten! (Schluß folgt.)

Die Politik der Woche.

Trotz drückender Sonnenhitze, trotz tropischer Sonnenhitze, trotzdem fast alle Staatsmänner und die sich einbilden, zu sein, in der Sommerreise weilen, will die heiß ersehnte Zeit politischer Stille nicht eintreten.

Selbst dem Reichskanzler gönnt man den gewiß verdienten Urlaub nicht. Kaum hat er sich von der Mistrauensfrage, die ihm die Mehrheit des Reichstags gab, erholt, da beginnen die, die scheinbar seine Freunde sind, gegen ihn Sturm zu laufen. Man ist in heller Aufregung unter den Konservativen, daß zwei Staatssekretäre zu Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums ernannt worden sind. Man fürchtet, daß der verfassungsmäßige, geschichtliche Zustand, wie ihn Bismarck sich dachte, dadurch gefährdet werde. Der Tadel gegen den Reichskanzler zielt auf eine höhere Stelle. Denn schließlich ernannt er ja nicht die Staatssekretäre zu preussischen Ministern. Aber es ist nicht zu befürchten, daß solch plötzliches Sturmlaufen der Konservativen gegen den philosophischen Kanzler vorzeitig die Nordlandsreise des Kaisers beenden wird. Am Himmel der inneren Politik des Deutschen Reiches sind nur kleine Gewitterwolken. Weder die Stichwahl in Koburg noch der Wahlskamp in Labiau-Wehlau, selbst nicht die Panzerfönde des Herrn v. Odenburg-Januschau brauchen die Gemüter sonderlich aufzuregen. Bedenklicher sieht es schon mit dem wirtschaftlichen Kampfe aus, der in der Lausitz auszubrechen droht. Um der sechzig Walker willen, die in Forst streifen, wird es allem Anschein nach zu einem gewaltigen Ringen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern kommen. Schon sind mehr als 30 000 Textilarbeiter im Lausitzer Gebiet gefündigt worden. Weitere Aus-

Ricarda Buch.

Zu ihrem 50. Geburtstag, 18. Juli.

Von Dr. Paul Landau.

Wenn die deutsche Frauenbewegung einen Namen auf ihre Fahne schreiben wollte, dann müßte es der dieser Frau sein. Nicht daß sie besonders gekämpft hätte für das Recht des schwächeren Geschlechts, für die Gleichstellung mit dem Manne; im Gegenteil, ihr Werk ist das weiblichste, das je eine große Dichterin geschaffen. Aber allein durch ihr Dasein wirkt sie mehr als tausend Vereine; ihre Bücher verkünden herrlich die Siegeskraft des Weibes, beschämen die Männer, die nichts Gleichwertiges ihnen zur Seite stellen können, offenbaren eine Harmonie von Seeleninbezug und Geistesklarheit, von leidenschaftlichster Hingabe und stolzester Selbstzucht, wie sie einzig dasteht in unserer Zeit. Wir wollen nicht den müßigen Streit heraufbeschwören, ob Ricarda Buch der größte heute lebende deutsche Dichter sei. Manche, und nicht die schlechtesten Beurteiler, glauben es. Wegen anderer, männliche Bewerber um diesen Rang begabter sein, mögen sie heiser mit den Ratseln des Lebens ringen, heldenhafter den Geist unserer Zeit erfassen; ihr Weg ging abwärts, ihr Schicksal ist ein Erliegen und Ermatten, eine Niederlage, wenn auch die eines Heros. Der Weg dieser Frau ging empor, immer steiler der Sonne zu, der Vollenendung entgegen. Unendlich viel Schönes, eine verschwenderische Fülle der Poesie hat sie auf dieser Bahn gespendet. Aber sie wurde zugleich zu einem Pfad der härtesten Arbeit, der zähesten Entfaltung und Erziehung. Nun steht die Künstlerin allein auf dem goldenen Triumphbogen, den sie zwischen Weisheit und Traum in den Himmel geschlagen, und bewundernd und staunend, mißversteht und nicht verstehend auch, blüht die Welt zu ihr empor.

Wäre Ricarda Buch ein Knabe gewesen, so wäre sie wohl früher zu Studium und Dichten gekommen. Die mehr als 20 Bände, die wir heute von ihr besitzen, stammen alle aus

der zweiten Hälfte ihres 50jährigen Daseins. So manche Kämpfe muß die Braunschweiger Patrizierstochter durchgemacht haben, bevor sie in ihrem 23. Jahre zum Studium nach Zürich ziehen durfte, erlöst von der prunkvollen Schwere und der vornehmen Enge einer bürgerlichen Kulturphäre, wie Michael Unger, der Held ihres sicherlich viel Autobiographisches enthaltenden Romans „Vita somnium brevis“. Von entscheidender Wirkung ist dieser mehrjährige Schweizer Aufenthalt auf ihre Entwicklung gewesen. Hier hat sie in tüchtiger historischer Gelehrtenarbeit den Grund für ihr gewaltiges geschichtliches Wissen gelegt, das sie sogar später durch die entfangenemolle und schwierige Herausgabe einer Urkundenammlung vertiefte; hier hat sie die Kunst der großen Schweizer Prosa tief durchlebt, an die sie zunächst in ihrem eigenen Dichten anknüpfte. Ihre dramatischen Erstlinge, gleichsam Preludien ihres eigentlichen Schaffens, ihr erster Gedichtband (1891), sie stehen deutlich in ihrem stilisierenden Pathos, in ihrer gedämpften Formenfülle unter dem Stern Konrad Ferdinand Meyers; ihr frühestes Roman „Erinnerungen von Rudolf Arles, dem Jüngeren“ aber, durch den sie mit einem Schlage berühmt wurde, zeigt in der wunderbaren Abhythm ihrer Prosa, in dem bunten Bilderreichtum wie in manchen phantastischen Arabesken aufs Klarste das Vorbild Gottfried Kellers.

Das Renaissance-drama „Evoa“ (1892) bringt mit seinem hochantiken Symphonie an den Rausch des Lebens jedoch schon über den bedächtigeren Kreis der Schweizer hinaus, wie auch die lyrisch reich blühende Winternis des entzückenden Märchenstücks „Dornröschen“ sich in den Traumtänzen ausgelassener Romantik verliert. Im „Arles“ (1893) ist die Allgewalt einer ekstatisch beglückenden, düster vernichtenden Leidenschaft mit schrankenloser Einseitigkeit dargestellt. Ricarda Buch ist lange Zeit für das Publikum nur die Dichterin dieses Buches gewesen; trotz aller Genialität des frühreifen Meisterwerks sehr zu Unrecht, denn die künstlerische Reife und Geschlossenheit des „Arles“ verleiht den Gestalten etwas Unwirklich-Maskenhaftes, und die Dichterin mußte erst diese übernommene Form zerbrechen, um eine originale, organisch ge-

wachsene Gestalt für ihre Werke zu gewinnen. Wie ein Erholen und Versuchen muten die Novellen-Bände an, die folgen, auch sie noch Kellers Besenart forspinnend, bald phantastisch-barock, wie manch Gebilde des „Sinngebühls“ („Mondreigen von Scharaffis“), dann grazios-ironisch, voll schalkhaften Humors, eine Tonart, in der sie später, in den juwelenhaft schillernden „Seifenblasen“ und dem grandios-fantastischen „Dahn von Quakenbrück“ ihre Höhepunkte erreichte, oder historisch-psychologisch, wie in „Fra Celeste“, oder der eigenartigen Neudichtung des „Armen Heinrich“. Mit übermütiger Lust und genialer Ungebundenheit tummelt sie sich in den reichen Irrgärten der Neu-Romantik, während sie gleichzeitig in ernstester Forschung ein meisterhaft objektives Bild der alten Romantik erstehen ließ. Mit ihren beiden Bänden „Blütezeit“ und „Ausbreitung und Verfall der Romantik“ (1899, 1902) hat Frau Buch ein literaturgeschichtliches Standardwerk geschaffen, das der Wissenschaft neue Wege wies in den wunderbaren Charakteristiken des ersten Zeitalters und der Erschließung eines vorher kaum geahnten romantischen Weltbildes im zweiten Teil. So stand Ricarda um die Jahrhundertwende da: als ein Dichter von Gottes Gnaden und als eine wissenschaftliche Größe ersten Ranges, der kein Professor ebenbürtig war. Das neue Jahrhundert sollte die Verschmelzung und innerliche Durchdringung dieser beiden getrennten Mächte bringen.

Ihr zweiter großer Roman, der 1901 bei Eugen Diederichs erschien — die anderen wichtigen Werke hat jetzt der Insel-Verlag — sind die „Lebensfüge“, „Aus der Triumphgasse“. Auch hier ist noch ein fremder, männlicher Erzähler vorgezogen und in seiner warmherzig Anteilnehmenden, dennoch vornehm egoistischen Art dem ungeheuren Elend des Armen-geschickens fern gegenübergestellt. Aber viel gewaltiger als im „Arles“ bricht hier das Empfinden der Dichterin hervor, und durch diese persönliche Blut wird die lange Reihe der Figuren und Episoden zu einem unerbittlichen Bilde menschlichen Jammers und Elends zusammengeschweißt, über dem sich in leuchtender Schöne der Triumphbogen der Phantasie wölbt. Nie ist die enge Dumpfheit der armen Leute, der Ver-

Sperungen in anderen Gebieten Deutschlands sollen bevorstehen. Sollte es wirklich zu einem Kampfe kommen, so wird er, wenn er auch nur wenig Wochen dauert, eine schwere Schädigung für beide Teile bedeuten. Das Ausland allein, das unseren Wettbewerb immer mehr zu fühlen beginnt, hätte den Nutzen.

Freilich, es gibt Schwarzseher, die da meinen, es sei jetzt müßig, an weitere wirtschaftliche Eroberungen zu denken. Schon sieht man österreichische Truppen gegen Serbien ziehen, von dem die habsburgische Monarchie vergeblich Bürgschaften dafür verlangt, daß die aus Belgrad genährte hochverräterische Bewegung an den südlichen Grenzen Österreich-Ungarns ein Ende finde. Doch indem die leitenden Männer der K. und K. Armee — man kann sagen — ostentativ auf Urlaub gehen, will man in Wien, wo man offenbar die Unterbindung über die Serajewoer Freveltat zu einem gewissen Abschluß gebracht hat, seine Friedensliebe ganz Europa kundtun. Wird man in Belgrad diese Handlungsweise verstehen, sie nicht am Ende als ein Zeichen der Schwäche ansehen? Im Vertrauen auf Rußland, dessen Belgrader Vertreter v. Hartwig soeben wie ein ferbischer Nationalheiliger zu Grabe getragen wurde, könnte man leicht an den gemüthlichen Ufern der blauen Donau ein unangenehmes Echo werden.

Der weiche Jar, der soeben einen seiner einflussreichsten Berater, den „Heiligen“ Kasputin, durch den Fanatismus oder die Eifersucht einer Frau verlor, wird kaum geneigt sein, jetzt kriegerische Aktionen zu unterstützen. Sein Bundesgenosse ist nicht in der besten Verfassung. Die Enthüllungen, die der Senator mit dem für Frankreich ominösen Namen Humbert über die Zustände in Meer und Flotte gemacht hat, sind gerade kein angenehmes Reisegeſchenk für den Präsidenten Voicars, der schon um der verwickelten parlamentarischen Lage willen seine Abreise etwas verzögern mußte. Er wird den Freunden an der Rewa eingestehen müssen, daß die Meere Mariannens trotz aller Reformen, trotz der überhasteten Einführung der dreijährigen Dienstzeit alles eher denn „erzberett“ sind.

Auf der Balkanhalbinsel hat in Wirklichkeit der Krieg auch nach dem Frieden von Bukarest keinen Augenblick aufgehört. Nur zu förmlichen Schlachten ist es nicht gekommen, der Bandenkrieg dauert auch heute noch fort, in Epirus ganz unverhüllt, an der rumänisch-bulgarischen Grenze in der Form von Grenzstreifen, in Mazedonien hat er die Form von Abwanderungen und Einwanderungen, in Albanien ist es das Chaos eines Bürgerkrieges, mit dem sich Einfälle der Nachbarn, der Montenegriner, der Serben und Griechen verbinden. Noch behauptet sich der Fürst. Aber schon sind die Regierungstruppen aus Valona zurückgezogen. Was soll aus Albanien, in dessen innere Angelegenheit sich die Mächte nicht mischen wollen, werden? Wird man für die Aufrechterhaltung des Londoner Beschlusses sorgen? Zu dem albanischen Rätsel kommen erneute Schwierigkeiten in der Türkei, griechische Großmannsjucht, Unzufriedenheit in Bulgarien. Wahrscheinlich, es ist nicht an der Zeit, das schöne Lied anzustimmen: „Und wenn Europa Ruhe hat.“

Noch ein schwacher Trost bleibt uns in diesen sommerlichen Zeitläuften. Amerika hat es durchaus nicht besser. Die mexikanische Sphinx wird ihm trotz Huertas Abdankung noch manches Rätsel aufgeben. Schon taucht das japanische Gespenst am Stillen Ozean wieder auf.

Deutsches Reich.

* Militärdienstpflicht der Volksschullehrer und einjährig-freiwilliges Zeugnis. Nach einem Erlass des Kultusministers soll grundsätzlich daran festgehalten werden, daß entsprechend der Kabinettsorder Volksschullehrer in den Militärdienst möglichst unmittelbar nach dem Seminarabschluss termin einzustellen sind. Ist das ausnahmsweise nicht möglich, zum Beispiel bei zeitiger Untauglichkeit, so erscheint es angeht die Bestimmungen der neuen Prüfungsordnung

unbillig, den Volksschullehrern die Zurückstellung zum Zweck der Ablegung der zweiten Prüfung zu verweigern. In dringenden Fällen kann daher eine Bescheinigung über die Notwendigkeit der einstweiligen Zurückstellung vom Militärdienst ausgestellt werden.

— Jungdeutschland in der Ernte. Der Jungdeutschlandbund macht darauf aufmerksam, daß im verflossenen Jahre ein Fabrikbesitzer eine Anzahl schulentlassener Jugendlicher aus seiner Fabrik zur Erntearbeit aufs Land beurlaubt hat. Dieser erste Versuch hat ein ausgezeichnetes Resultat ergeben. Die jungen Leute, welche sich schnell mit der ihnen erst fremden Beschäftigung vertraut machten, haben durchweg die größte Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber bezeugt und selbst eine solche Freude an der ländlichen Arbeit und am Landleben gefunden, daß sie gern während der ganzen Erntezeit auf dem Lande verblieben wären. Es leuchtet ein, welche ausgezeichneten Einfluß dieser ländliche Aufenthalt auf die jungen Leute ausüben muß. Es ist daher in hohem Grade wünschenswert, daß die erste Anregung eine möglichst weite Verbreitung finden möge. Die Landwirtschaftskammer für Schlesien hat die Ortsausschüsse für Jugendpflege, die Ortsgruppen des Jungdeutschlandbundes und sonstige Jugendvereine ersucht, nach Kräften dahin zu wirken, daß sich für die diesjährige Erntearbeit von Mitte Juli bis Mitte August eine recht große Anzahl Jungmänner aus städtischen oder industriellen Verhältnissen mit Erlaubnis ihrer Lehrherren, Arbeitgeber und Eltern auf einige Wochen für die Erntearbeit zur Verfügung stellen.

* Ein Wechsel in der Schriftleitung des „Protestantenblattes“. In der Redaktion des „Protestantenblattes“ ist ein Wechsel eingetreten. Pastor Emde in Hastedt hat aus Gesundheitsrücksichten die Redaktion niedergelegt. Für ihn trat am 1. Juli Domprediger Adolf Schäfer in Bremen und Hauptpastor D. Stage in Hamburg ein, während Pfarrer D. Max Fischer in Berlin in der Redaktion bleibt.

* Ein Industriebeamtentag wird am 17. und 18. Oktober in Berlin stattfinden. Er ist einberufen vom Bund der technisch-industriellen Beamten und wird neben den Fragen der Bundesverfassung hauptsächlich das Thema: „Die Privatangestellten und die Wirtschaftspolitik“ erörtern. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Parlamentarisches.

Vertagung der Fischereikommission. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Fischereigesetzes nahm eine konservative Resolution an, wonach bei der Verpachtung von Fischgründen, in Gemeindegewässern liegenden Fischereigewässern die Gemeindegewässern in erster Reihe zu berücksichtigen sind. Ferner wurden zwei Zentrumsresolutionen angenommen, welche die Anstellung hauptamtlicher, staatlicher Oberfischmeister mit fachlicher, naturwissenschaftlicher Ausbildung sowie bei der Neuordnung des Strafrechts eine strengere Bestrafung der Wildfischerei und die Beschlagnahme der benutzten Geräte fordern. Die Feststellung des Berichts über die erste Lesung wurde für den 6. August, der Beginn der zweiten Lesung für den 6. Oktober beschlossen. Damit beendete die letzte der Ferienkommissionen des Abgeordnetenhauses die erste Lesung des ihr überwiesenen Gesetzentwurfes. Die zweiten Lesungen in allen Kommissionen finden im Herbst vor dem Zusammentritt des Plenums statt.

Heer und Flotte.

Die Herbstparade des Gardekorps ist endgültig auf Mittwoch, den 2. September, festgesetzt. An der Parade werden nicht nur die Truppen der Garnison Berlin, sondern auch die der Garnisonen Spandau, Potsdam, Jüterbog und Berlin-Lichtenfelde beteiligt sein.

Eine spanische Militärdputation bei den deutschen Herbstmanövern. Die spanische Regierung hat eine Einladung des deutschen Kaisers, eine Militärdputation zu den deutschen Herbstmanövern zu entsenden, angenommen. An der Spitze dieser Dputation wird Divisionsgeneral Miguel Primo de Rivera stehen.

— Hundertjahrfeier des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2. Die früheren Einjährigen wollen dem Regiment anlässlich seiner vom 17. bis 19. nächsten Monats in Berlin stattfindenden hundertjährigen Gedenkfeier eine Ehrengabe für hilfsbedürftige Veteranen überreichen. Personen, welche einen Beitrag noch nicht geleistet haben, werden gebeten, ihn umgehend an die Diskonto-Gesellschaft, Berlin, Postfach-Nr. 1250 (Jubiläumsspende des Kaiser-Franz-

Garde-Grenadier-Regiments), zu überweisen. Alle früheren Einjährigen, welche Beiträge gezeichnet, werden in die dem Regiment zu überreichende Liste aufgenommen und erhalten eine Aufforderung zu der am 18. nächsten Monats in Berlin stattfindenden Zusammenkunft. Bereits jetzt hat sich eine große Anzahl von Teilnehmern gemeldet. Weitere Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Jubiläumsspende vor-maliger Einjähriger des Franz-Regiments, Kleinwittenberg (Elbe), entgegen.

Probefahrtaufnahme neuer Großkampfschiffe. Von den vier großen Flotteneubauten, die in diesem Jahre zur ersten Frontdienstaufnahme bestimmt worden sind, wurden jetzt die Großlinienschiffe „Großer Kurfürst“ und „König“ durch die Vulkanwerke in Hamburg und die Marinewerft in Wilhelmshaven im Bau vollendet. Der „Große Kurfürst“ ist bereits nach der Erkundung gedampft, um von dort aus seine Probefahrt zu erleben. Nach der borbildigen Verrichtung der beiden neuen Schlachtschiffe werden sie am 19. und 20. August in Dienst gestellt und haben mit den Versuchsfahrten unter der Kriegsflagge zu beginnen. Vorher scheiden am 17. und 21. August die beiden älteren Linienchiffe „Lothringen“ und „Hessen“ aus der Front des zweiten Geschwaders aus. Ihre Besatzungen haben auf die neuen Großlinienschiffe überzugehen. Und zwar hat die „Lothringen“-Besatzung unter ihrem Kommandanten, Kapitän zur See Frhr. v. Kesseler, den „Großen Kurfürst“, die „Hessen“-Besatzung den „König“ in Dienst zu stellen, dessen Kommando indessen Kapitän zur See Brünninghaus zu übernehmen hat. Die Probefahrten der neuen Großkampfschiffe werden sich bis in die Herbstmonate hinein hinziehen. An Stelle des Großkampfschiffes „Kaiser“ ist der „König“ als neues Flaggschiff für das dritte Linienflottengeschwader bestimmt worden; der „Kaiser“ hat dem zweiten Admiral des Verbandes, Konteradmiral Hebbinghaus, als Flaggschiff zu dienen. Der dritte und vierte große Flotteneubau, das Großlinienschiff „Marlgraf“ und der Linienflottenschiffkreuzer „Derfflinger“, werden erst im Spätherbst zur Flotte treten können, da die Schiffe noch für mehrere Wochen die Bauwerken beschäftigen.

Erwidern des englischen Flottenbesuches. Kiel, 17. Juli. Das dritte Geschwader soll nach Beendigung seiner Sommerreise (8. August) den kürzlichen englischen Flottenbesuch in Kiel in einem englischen Kriegsschiff erwidern. Eine amtliche Bekanntgabe über die Lage und Einzelheiten steht noch aus.

Ein Fliegerunfall. Saarburg, 17. Juli. Auf dem Puffer Flugplatz bei Saarburg verunglückte gestern beim Landen seines Doppeldeckers der Fliegerunteroffizier Wille. An den Folgen dieses Unfalles ist er noch gestern ohne vorher das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestorben.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Offiziersmangel bei der gemeinsamen Armee. Seit einiger Zeit besteht in der österreichisch-ungarischen Armee Offiziersmangel und Mangel an Offiziersnachwuchs. Man hat längst versucht, durch Aufforderung von Reserveoffizieren zu Aktivierungsgesuchen diesem Mangel abzuhelfen. Der Erfolg dieser Maßregel war sehr gering. Nun denkt man daran, das Truppenoffizierskorps durch befähigte und sonst geeignete Unteroffiziere zu ergänzen. Man will dazu Truppenschulen errichten, die den ausgewählten Unteroffizieren die nötige Vorbildung geben sollen. Damit würde eine Einrichtung geschaffen werden, wie sie ehemals vor 40 Jahren in den Kadettenschulen getroffen wurde, die inzwischen ihren ursprünglichen Charakter als Institut zur Ausbildung von Unteroffizieren zu Offizieren eingebüßt haben.

Tschechische Ausschreitungen in Brünn. Wien, 17. Juli. Mähermeldungen aus Brünn besagen: Nach einer gestern abend im tschechischen Vereinshaufe abgehaltenen Versammlung der tschechisch-fortschrittlichen Partei, worin verschiedene Redner zum wirtschaftlichen Wohlstand gegen die deutsche Geschäftswelt in Brünn auftraten, kam es zu heftigen Straßengezügen. Eine Abteilung der Versammlungsteilnehmer für die des Vereinshauses des deutschen akademischen Gesangsvereins; andere zertrümmerten in der Schwedengasse im sozialdemokratischen Kaffeehaus alle

kommenen und Ausgestoßenen, verklärter dargestellt worden als in diesem Auschnitt aus dem Armenviertel von Triest. Verklärt und doch wahr bis zur Grausamkeit. Die Dichterin berichtet klar und kalt entsehlte Verbrechen, furchtbare Räte, widrigste Häßlichkeit; aber sie läßt uns keinen Augenblick vergeßen, daß alles Kupere nichts ist gegen das Selbentum der Seele und die Wunder der Phantastie. Sie macht ihre Kräfte und Bettler zu Heroen und wirft den Purpurmantel der lateinischen Rasse, der erhabenen Volksschichtung über sie hin. So wird alles in Glanz und Größe, in Feuer und Sonne getaucht und der Menschheit ganzer Jammer in Herrlichkeit geläutert. Noch reiner gelingt dies in dem innerlich weniger befehlten, dichterisch schwungvolleren Roman „Von den Königen und der Krone“, in dem slavisch-romanische Helde-sagen Leben, Lieben und Sterben verkommener Sprossen einer uralten Herrscherfamilie umfängen. Es sind fabelhafte Organe des Gefühls, der Farbe und des Wortes, die ein grandioses Talent in diesen von Poesie überfüllten Büchern feiert, und eine ähnliche üppige Verwöhnung herrscht auch in dem später „Michael Unger“ getauften Roman „Vita somnium brevo“, der im realistischen Milieu zwar in die Kreise des „Arles“ zurückkehrt, aber in herrliche Einzelheiten zerflattert und in dem Ringen des Helden um Leben und Schönheit nur ein trübes resignierendes Träumen darstellt.

Der Stil der Ricarda hat in diesen Werken an Blut des Bekennens und Kraft des Kolorits der gehaltenen Ruhe und dem süßigen Grau des „Arles“ gegenüber unendlich gewonnen. Das Materische, Bildhafte ihres Schauens, das höchste Anschaulichkeit gewährt, ist voll ausgebildet. Zugleich ist das lyrische Element immer stärker geworden und droht im brausenden Strom die Schranken der epischen Form zu zerbrechen. Das beweisen auf dem Gebiet der Dicht ihre „Neuen Gedichte“, die nichts mehr von der artistischen Bewußtheit der früheren haben, sondern inbrünstige Liebesbekenntnisse sind von echt weiblicher Hingabe und einer ver-zückten Mystik, die ihres Gleichen nicht finden, die reifste Liebesdichtung, die uns eine Frau seit Sappho geschenkt. Eht weiblich ist auch in ihren Romanen die Berechnung der äußeren Schönheit der Helden, ihr Verliebtheiten in Edgar, Michael und Rado, eht weiblich sind die harnnenhaften Einlagen, die den

hastigen Rhythmus ihres heißen Individualtalentes unterbrechen. Ihre Technik besteht nun in einem ineinanderreihen einzelner abgeschlossener, impressionistisch gefeherer Szenen, die sich mehr oder weniger zu einem Ganzen fügen. Sie ist eine Meisterin der Episode, die sie zunächst eigenwillig nach Kellers Art arabeskenhaft die Handlungen umspielen läßt, allmählich aber immer einheitslicher einfügt und auf den Grundton abstimmt. Das Subjektive ihres Stils wird gemildert durch eine Bevorzugung der indirekten Rede, die eine objektive Kühle und epische Ruhe hereinbringt. Und ebenso ist ihr eine unerschütterliche Gelassenheit, eine unmittelbare Selbstverständlichkeit in der Wiedergabe des Grausigsten und Entsehltesten eigen. So hat sie alle Mittel des großen Epikers in der Hand; im letzten Jahrzehnt fand sie die großen, dieser Kunst wür-digen Stoffe.

Von Anfang an war Ricarda auch ein hellseherischer historischer Sinn eigen, sie hat ihn in ihren geschichtlichen Arbeiten, in ihren geschichtlichen Dramen und Novellen, deren Zeitstimmung stets vorzüglich festgehalten ist, in ihren Balladen erwiesen, von denen die aus dem 30jährigen Krieg sogleich am bekanntesten wurden. Im historischen Roman, dem sie sich seit 1906 zuwandte, hat sie nun ihr Höchstes voll-bracht, etwas ganz Neues geschaffen. Ihre überall in ihren Werken hervorretende Begeisterung für Italien trieb sie zum Studium der Schicksale des jungen Königreichs, in dem sie eine Zeitlang lebte. So stieß sie in der Geschichte der Befreiung auf die faszinierende Gestalt Garibaldis und machte ihn zum Helden eines zweibändigen heroischen Prosaepisches, dessen erster Teil besonders von leuchtender Poesie durchströmt ist. Wie die Jünglingsgestalten eines antiken Frieses ziehen die edlen Verteidiger Roms und ihre Todeskämpfe für die Freiheit an uns vorüber. Aber die Dichterin hat die lyrischen Elemente ihrer früheren Romane noch nicht überunden; der Ohnmensstil einer Sinfonia eroica wechelt mit politisch-historischen Gesprächen und Abhandlungen, bei denen der spröde Gehalt der Studien nicht in das Gold der Poesie rein aufgedist ist; außerdem nimmt Ricarda für ihren Helden leidenschaftlich Partei und gewinnt nicht die gerechte historische Stellung, indem sie das Allgemeinliche und sehr Bedenkl-liche in Garibaldis Charakter übersieht. Wie sehr tritt im

zweiten Teil der wahre Befreier Italiens, Cavour, gegen ihn zurück! Noch einmal mühte sie es mit dem streng wissen-schaftlichen Ton versuchen. Ihre Studien hatten sie von der Garibaldi-Zeit auf die ersten Versuche der Befreiung in den zwanziger Jahren zurückgeführt. In einem wunderbaren Buch prägte sie nun sieben Schicksale und Gestalten „Aus dem Zeitalter des Risorgimento“ zu scharfen kunstvollen Medaillen und fand in dem ergreifenden Leben eines dieser frühen Märtyrer der italienischen Freiheit, des Grafen Federico Confalonieri, das Thema für ein erschütterndes Seelenge-mälde, das trotz seines mächtigen historischen Hintergrundes ein vollendetes psychologisches Kunstwerk wurde. Ein Zeichen für die geschlossene Reife der Technik, die sie erlangt, ist auch die geistreiche, spannende virtuose Anachronisngeschichte in Briefen „Der letzte Sommer“. Im Koldestyl all ihrer Kräfte glückte nun Ricarda auch in ihrer bisher letzten Arbeit, dem dreibändigen Werk „Der große Krieg in Deutschland“, die geschichtliche Dichtung höchsten Stils, um die sie so lange ge-rungen. Nur „dargestellt“ hat sie, wie der Titel mit stolzer Schlichtheit sagt, aber zugleich damit eine ganz neue Form gegeben, eine kaum glaubliche Befreiung der Vergangenheit, eine wahre geschichtliche Geistesbelebung. Hier fügen sich die Einzelszenen reiflos zur Einheit zusammen, wie die Tuppen eines Impressionisten zum Wilde; hier haben die gran-diosen Episoden ihre rechte Stelle, ihre tiefe Bedeutung; hier verleiht der knappe Stil der indirekten Rede den einzelnen Ausrufen in direkten Sätzen die blühende Leuchtkraft; hier ist aus der „Chronik“ des „Arles“ die geniale Reiferschaft einer dichterischen Geschichtsschreibung geworden. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die souveräne Beherr-schung der Quellen, die weitläufige historische Gerüstigkeit, die mit gleicher Anteilnahme die Sonne ihrer Kunst über Ge-rechte und Ungerechte leuchten läßt, die Gestaltungsmacht, die einer wimmelnden Fülle von Fürsten und Bürgern, Feld-herren und Geistesherren, Körper und Blut verleiht, oder die einzigartige Beleuchtung und Ergreifung der kulturellen Atmosphäre. Ricarda auch hat hier etwas Einzigartiges voll-bracht, mit dem nichts in unserer Dichtung sich messen kann. Rüge sie von ihrer Höhe und Bewunderern im Tal weiter königlich von ihren reifen Gaben schenken!

Henric
pavillon
Sieber
sollen a
den Ege

Die
neueren
lehte
befinden
verleitet
kruten
und 19
9341

Die
Von d
sich mit
weckend
lange.
eigens
Bespre
fanse
misti
bar au
denböhl
beschlo
lassen.
falls pe
noch in
gewisse
aus W
Wieder
bewa
es heu
den be
17. Ju
Bild
Nation
Die Tä

E
nopol
Belei
erstrah
Leuch
Gläub
bet we
nach de
stättun

Ne
Die hi
verstor
Artike

S
säure
Chron
lehrten
und
Ferdin

Es
berbeis
nieder
Stan
dos 9
mit 9
sonern
fab. C
reichs
bänt
stärker
Ruflos
Beru
Slein
ganze
der mi
lose G
völlig
Kroon
Wilm
lein
hinzu
die p
Rumou
Beis
wirkten
erha
und E
Eraber
man h
fung h
gerade
Balkar
selbe
nomi
su ein
welche

D
gewes
Grün
in de

einer
leit
beim
Wilm
ruff
von 3
Weter
mach
Weid
Wend
beide
reien
Wilm
nach
sehr p
wohl
bänbe
den.
Tun u
Fischer
wieder

Fenster scheiben. Ein anderer Trupp griff den Kaffeehauspavillon am Glacis an und schließlich wurden beim Café Vieber alle Fenster scheiben eingeschlagen.

Frankreich.

Die Analphabeten im Meer. Paris, 18. Juli. Nach der neuesten Statistik zählt die französische Armee in den drei letzten Jahrgängen, die sich zurzeit unter den Waffen befinden, nicht weniger als 83 140 Analphabeten.

England.

Die entscheidende Kabinettsitzung über Omerus. London, 16. Juli. An der heutigen Kabinettsitzung, die sich mit der irischen Frage beschäftigte, nahmen sämtliche hier weilende Minister teil.

Wieder ein biberstürmendes Wahlweib. London, 17. Juli. Eine Suffragette beschädigte heute morgen das Bild Thomas Carlyles von Sir John Millais in der Nationalbildergalerie schwer mit einem Schlächterbeil.

Türkei

Elektrische Beleuchtung in den Moscheen. Konstantinopel, 17. Juli. Am großen mohammedanischen Festtag Zekai-Berat, wo die Moscheen die ganze Nacht offen bleiben, erstrahlte die Fatih-Moschee in elektrischer Beleuchtung.

China.

Nachrufe für Herrn v. Saxhausen. Peking, 16. Juli. Die hiesigen chinesischen und fremden Zeitungen widmen dem verstorbenen deutschen Gesandten v. Saxhausen sympathische Artikel.

Zeitungschau.

Im Namen der historischen Wahrheit schreibt die Wiener „Reichspost“, die dem ermordeten Chronofolger bekanntlich nahestand, gegenüber verkehrten Darstellungen der politischen Grundgedanken und Absichten des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand das Folgende:

Es lag ihm nichts ferner, als einen Konflikt mit Rußland herbeizuführen, der auf die Eroberung polnischer und rumanischer Gebiete für Österreich-Ungarn abgezielt hätte.

Den verstorbenen, am russischen Hofe so mächtig gewesenen „Propheten“ Rasputin schildert auf Grund persönlicher Begegnungen Max G. Behrman in der „Täglichen Rundschau“ wie folgt:

Rasputin war mit nichts ein Russe, nicht einmal einer jener „Zuribowje“ (an religiösem Wahn Krankende), die seit Jahrhunderten in der russischen Geschichte sich allemal dann einstellen, sobald diese Geschichte sich auf abschüssiger Bahn befindet.

neuesten Salonliebblings („Rasputin“ läßt sich etwa mit „Anschützmann“ übersetzen) bangt sich etwas Sinult-Gebärmis-bolles, Lüsternes. Und der schone Russe mußte die Lage, in die er gebracht worden war, nur auszuhalten.

Vor dem Eintritt in die albanische Fremdenlegion warnt auch Dr. Max Koloff in den „Leibziger Neuesten Nachrichten“:

Unter den in Wien für Durazzo angeworbenen Freiwilligen befinden sich einige Reichsdeutsche, und es ist zu befürchten, daß trotz der Verbündung der Werbetheilnehmer in Berlin auch aus dem Deutschen Reich selbst mancher Deutsche, dem die Abenteuerlust im Blute steht, auf Anrufen nach Durazzo geknallt.

Sitzung der Stadtverordneten.

Wiesbaden, 17. Juli.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Justizrats Dr. Alberti fand heute nachmittag die letzte Sitzung der Stadtverordneten vor den Sommerferien statt.

Auf eine Anfrage des Stadtv. H. Hartmann, wie der Magistrat den

Überschuß aus dem Generalpardon

zu verwenden gedenke, erwidert Oberbürgermeister Kläffing: „Es ist die Auffassung geltend gemacht worden, daß es dem Magistrat bei der günstigen Lage des Etats jetzt schon möglich sei, mit einer Vorlage auf Erhöhung der Gehälter der Beamten und Lehrer an die Stadtverordneten-Versammlung heranzutreten.“

Verwaltung einen Gesamtüberschuß von 178 434 M.; es mußten indes hiervon Fehlbeträge, die bei der Paderverwaltung, der Kurverwaltung und der Krankenhausverwaltung entstanden waren, in Abzug gebracht werden, so daß tatsächlich nur noch 91 430 M. als Überschuß berechnet werden konnten.

Im Anschluß an seine Ausführungen gab der Oberbürgermeister ein Ankommen des Magistrats mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft bekannt, nach welchem den Stadtverordneten die gewünschten Freifahrtscheine

zur Verfügung gestellt werden sollen, und zwar sollen Dienstreisende, bestehend in Monats- zu je 30 Stück, zur Ausgabe kommen. Jeder Fahrchein berechtigt zu einer Fahrt auf drei Tagestrecken und zum einmaligen Umsteigen.

Stadtv. Müller ist gegen die Vereinbarung, da ein solcher Fahrchein, der nach einer Mitteilung des Stadtverordnetenvorstehers nur zu Dienstzwecken benutzt werden kann, gegen die Würde der Stadtverordneten verstoße.

Der Vorschlag wird schließlich mit 14 Stimmen gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Nach kurzen Ausführungen des Bürgermeisters Travers wird ein Nachtrag zur Festsetzung der Gehälter für den Weihnachts- und Christbaummarkt angenommen.

Hierauf wird in der Beratung der Tagesordnung eingetreten und nach einem Bericht des Stadtv. Hansohn werden 18 000 M. für den Einbau einer Centrala

Hier wurden die Teilnehmer von einigen dortigen Mitgliedern empfangen und unter Führung eines derselben ging es nach dem herrlich gelegenen Kloster Marienstatt und in die Krippbacher Schlucht. Abends wurde Montabaur erreicht. Am Montagmorgen wurde in Birges eine Krugbäckerei besichtigt und dann nach Mansbach marschiert. In Mansbach hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die großartigen und hochinteressanten Anlagen der Zementfabrik unter der freundlichen Führung des Betriebsdirektors und dessen Sohnes zu besichtigen. Hierauf lernten die Teilnehmer die Entstehungsweise der Tonsteine und des Westermäcker Stetmgutes kennen. Nach der Mittagsmahlzeit wurde von Grenzau aus auf herrlichem Wege Grenzhausen mit seinen Hopfengärten erreicht. In Höhe des Beschlusses der Besichtigung von Marzi und Krenn unter freundlicher Führung des Sohnes eines der Direktoren die Reihe der Besichtigungen. Während von hier aus ein Teil der Wanderer die elektrische Bahn benutzte, marschierten die übrigen durch ein schönes Waldtal nach Ballenar am Rhein, von wo die Rückfahrt angetreten wurde. — Die Hauptversammlung der Ortsgruppe findet am 7. August um 9 Uhr im „Einhorn“ statt.

Das närrische Sommerfest der „Wiesbadener Rinner“ am verfloffenen Sonntag auf der „Mosterwiese“ trotz der vielen Festlichkeiten stark besucht. Die humoristischen Vorträge auf der extra erbauten Sommerbühne wurden lebhaft applaudiert. Ein farbenprächtiges Bild bot die Fahnenkinderpolonaise. Mehr als 500 Kinder nahmen daran teil. Für Sumor sorgten auch die verschiedenen Kinderspiele. Für die großen „Rinner“ war durch Tanzbestellung, Preislegen und Preisfischen bestens gesorgt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Der Dohheimer Bahnhof und die Eingemeindung.
- Dohheim, 17. Juli. Dem „Wiesbadener Tagblatt“ kann man sehr zu Dank verpflichtet sein, daß es durch die bekannte Umfrage „Wiesbaden und die Industrie“ die Aufmerksamkeit auf das gelenkt hat, was nur zu, um Wiesbaden als Großstadt zu erhalten und zu heben. Den trefflichen Ausführungen des Herrn Döhne, des Herrn Sturm u. a. braucht man nichts mehr hinzuzufügen. Es ist das, was wir schon vor Jahren im „Tagbl.“ immer betont haben: Eingemeindung und Verengung von Industrie. Aber mit seltener Geduldlosigkeit spielte man in Wiesbaden die Vogel-Strauß-Politik. Um nur eines zu erwähnen, möchte ich nur kurz noch einmal die „Wasserfrage“ streifen, für eine Großstadt die wichtigste. In Dohheim besteht eine ausgezeichnete Gebirgs- und Quellwasserleitung, die bei der seitigen Anlage schon soviel des besten Wassers liefert, daß während ein ganzer Bach, dessen Wasser verunreinigt werden zu können, fortläuft. Würde man ohne Verzicht werden zu können, fortläuft. Würde man aber den Stollen noch weiter treiben, so ergäben sich noch ganz unermessliche Wassermengen, die auch bis auf die höchsten Punkte der Stadt geleitet werden könnten. Seinerzeit schwebten auch Verhandlungen zwischen Wiesbaden und Dohheim wegen Abgabe von Wasser, doch zerfiel die Sache, weil man sich nicht einigen konnte; wegen einiger Pfennige pro Kubikmeter Differenz ließ man die Sache liegen, und anstatt Kubikmeter Differenz ließ man die Sache liegen, und anstatt mit feiner Hand auszuhandeln und einzugemeinden, ging man auf die Wasserfrage nach auswärts (Schierstein, Seifen usw.). Für die Millionen, die dafür unnötig bzw. ohne Erfolg ausgegeben wurden, hätte man die Eingemeindungsfrage glatt erledigen können, und man wäre aller Sorge ledig gewesen. Da, eingemeindet wollte Wiesbaden schon in den 90er Jahren, da Dohheim bloß bis zum Badgasteil, Verstadt bis an den Ausgang des Dorfes usw. Das, das die betr. Gemeinden nicht einsehen konnten, liegt doch klar auf der Hand. Das war damals der wichtigste Zeitpunkt zur Eingemeindung, und das Versäumen desselben hat sich bitter gerächt. Doch wenn auch große Fehler gemacht wurden, so ist es doch immer noch Zeit genug, noch größere zu vermeiden. — Mit dem Dohheimer Bahnhof verhält es sich nämlich ähnlich wie mit der Wasserleitung, d. h. auch da könnten unter Umständen Fehler gemacht werden, die nicht wieder gut zu machen wären. Die Verhältnisse dort sind schon fast elend unbillig geworden, wie die verschiedenen Artikel beweisen; und wenn die Kräfte für die völlige Umgestaltung der Dohheimer Bahnhofsverhältnisse viele Hunderttausende betragen sollen, so kann nur eine völlige Verlegung des Bahnhofes in Frage kommen. Eingeweihte wollen nun wissen, daß der neue Bahnhof noch weiter nach dem Walde zu, in die Nähe der Zinnenföhrchen-Waldsteinfabrik käme, also noch mehr von der Chaussee abgelegen. Der Einsender eines der erwähnten Artikel hat mit Recht behauptet, daß der Bahnhof Dohheim auch ein Wiesbadener Bahnhof wäre, das legt der Stadt aber auch die Pflicht auf, betreten sich mit dieser Bahnhoffrage zu befassen und sich nicht mit einer vollendeten Tatsache überraschen zu lassen. Ohne Zweifel gehört der Bahnhof Dohheim unterhalb der Chaussee und könnte zweifellos mit dem Güterbahnhof als Bahnhof Wiesbaden-West vereinigt werden. Denn das ist doch auch Tatsache, daß der Güterbahnhof an seine gegenwärtige Lage nicht paßt, denn die einmal hier er mitten im Bauelände, besonders wenn die Bautätigkeit sich wieder heben wird, und dann ist er auch zu einzeln am Ende der Zukunft. Der untreulich beste Platz für ihn ist das freie Feld auf der Höhe zwischen Dohheim und der Schierstein-Wiesbadener Straße. Von hier ist leicht eine Verbindung mit der Hafenbahn und diesem selbst herzustellen. Hier und in dem Hochader Tal bietet sich ausreichendes Platz für: Lagerplätze, ebenso vieles sehr geeignetes Bauelände für: Klein- und Qualitätsindustrie, und von hier ist auch die Abfahrt nach Wiesbaden ebenso leicht (abwärts) wie früher, wenn auch etwas weiter. Die Höhe ist auch, daß damals der Güterbahnhof gleich auf die Höhe gekommen wäre, wenn Dohheim eben eingemeindet gewesen wäre. Zudem kommt aber noch etwas anderes hinzu: die Frage der Weiterführung der elektrischen Bahn. Wie die Sachen eben liegen, kann sie nicht weiter kommt der Bahnhof mehr nach dem Walde zu, ebenfalls nicht im anderen Falle aber ist leicht eine Unter- oder Überführung herzustellen, denn daß die Bahn später weitergeführt werden wird, ist doch besonders bei Anschließung von Industrie, ohne Zweifel; man könnte dann elektrisch bis zum Exerzierplatz (großer Spielplatz) und weiter bis in das Getreide- und Heide- und Industriegebiet zwischen Dohheim und Schierstein, auch von Dohheim nach Wiesbaden usw. Das ist das richtige Bild von dem zukünftigen Groß-Wiesbaden: Auf der Höhe der Bahnhof rechts davon die Industrie, bis zum Rhein hin links die Kaufstadt mit dem schönen Kranz prächtiger Villen im Tale und auf den Höhen. Beides Industrie und Kaufstadt wohl räumlich getrennt durch den Dohmental, aber doch brüderlich geeint und sich gegenseitig unterstützend, nicht aber als feindliche Brüder sich gegenseitig bekämpfend.

Desheim, 17. Juli. Gestalt wurde endlich ein älterer Teilnehmer der schon längere Zeit im Verdachte stand, über Nacht Stübe der Wasserabfuhr an den Häusern Haus- über- über usw. entwendet zu haben und in der Stadt zu verhaften suchte. Er wurde beobachtet, wie er dieser Tat verhaftet wurde. Er wurde beobachtet, wie er dieser Tat verhaftet wurde. Er wurde beobachtet, wie er dieser Tat verhaftet wurde.

Sonnenberg, 17. Juli. Der Gesundheitszustand in unserer Gemeinde ist zugeht ein sehr erfreulicher. Die vereinigten Erkrankungen, die Anfang Juni auftraten, sind behoben. Die Untersuchungen des Leitungswassers haben ergeben, daß unsere Quellen vorzügliches Wasser liefern. Seit die größeren Bäder in Rom- bach mit ihren Abwässern an den von der Stadt Wiesbaden erbauten Kanal angeschlossen sind, hat die Verschmutzung des Rimbacher aufgehört, ebenso die sonst so lästigen Ausdünstungen.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Die Kaiserparade.
X Homburg, v. d. S., 17. Juli. Nach endgültiger Bestimmung findet der „Frankf. Ztg.“ zufolge, die Kaiserparade des 8. Armeekorps am 8. September bei Koblenz statt. Der Kaiser trifft in Koblenz an diesem Tage vormittags ein und wird von der Kaiserin, dem Herzogpaar von Braunschweig, dem Prinzenpaar Eitel Friedrich, den Prinzen August Wilhelm, Joachim und Oskar begleitet sein. Als Gäste werden der Parade beizubehören der König von Griechenland, der zu dieser Zeit auf Schloss Friedrichshof im Taunus sein wird, und verschiedene andere Fürsten. In der Gefolgschaft befinden sich Kriegsminister v. Falkenhayn, Generalintendant Graf Hülssen-Daeleler, Graf v. Moltke und ungefähr 40 fremdherrliche Offiziere. Die Gesamtkräfte der Parademannschaft betragen ungefähr 40 000 Mann, die von dem kommandierenden General Lüpf von Tischepe und Weidenbach befehligt werden.

Regierungsbezirk Kassel.

Verhaftung einer Mädchenhändlerin.
wb. Kassel, 17. Juli. Auf dem Zentralbahnhof gelang es, eine ausländische Mädchenhändlerin in dem Moment zu verhaften, als sie die Tochter einer Kasseler Bürgerfamilie ins Ausland zu entführen versuchte.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

m. Bingen, 17. Juli. Eine sich allem Anschein nach nur kurze Zeit im Wasser befindende männliche Leiche wurde hier im Rheine gelandet. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich hier höchst wahrscheinlich um die Leiche des Architekten Max Borholz aus Frankfurt a. M. handelt. — Vor einigen Tagen wurde hier die Leiche des beim Baden ertrunkenen Schlossers Schweickhard gelandet. Rummel wurden Stimmen laut, daß es nicht die Leiche des Schweickhard, sondern die eines anderen, ebenfalls beim Baden ertrunkenen Mannes gewesen sei. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die Leiche vom Vater und vom Onkel als die des Schlossers Schweickhard anerkannt wurde.

m. Kreuznach, 16. Juli. In die Nähe gestürzt hat sich vom hohen, schroffen Rheingrafenstein ein junger Mann. Es handelt sich um einen Mitsassessor aus Kusel in der Rheinpfalz. Die stark verstümmelte Leiche wurde geborgen.

— Altenkirchen, 16. Juli. Beim Beerensuchen fanden Kinder die Leiche des hochbetagten Johannes Schäfer an einem Baum hängend vor. Was den alten Herrn in den Tod trieb, konnte noch nicht ermittelt werden.

Gerichtssaal.

* Eine für Jäger wichtige Gerichtsentscheidung teilt die Jagdzeitung „Hubertus“ mit: Ein Jäger war angezeigt worden, weil er beim Betreten eines Gutshauses sein Gewehr nicht entladen hatte. Das Gericht entzog dem Jäger den Jagdschein auf die Dauer von 3 Jahren. Sämtliche Berufungsinstanzen wiesen die Berufung des Verurteilten zurück.

w. Beurteilung wegen Verleibung der Armees. Kiel, 17. Juli. Wegen Verleibung der preussischen Armees, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere durch einen in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ anlässlich der Jäber-Angelegenheit veröffentlichten Artikel verurteilte die Strafkommission den Redakteur König zu einem Monat, den Verfasser Schriftsteller Wachnewski, genannt Karsti, aus Steglitz zu drei Monaten Gefängnis. In dem Artikel wurde behauptet, daß die Soldaten systematisch in Robeiten erzogen und die gemeinen Instanzen in ihnen gewetzt würden, damit sie nachher auf das Volk loszuschlagen wie die Royalen, in den Straßen Petersburgs.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.
* Hambouillet, 17. Juli. Pause de Stadt et Hunters. 1000 Fr. 1. Vancillers Bado meram 2 (Umhauer), 2. Grand Coulier, 3. Kemmel. 25:10; 13, 10:10. — Prix de Poissins. 2000 Fr. 1. Mme. Boc-Houyets Glaneur 7 (Desafre), 2. Counterpax, 3. Pelletie d'Argent. 72:10; 23, 13:10. — Prix de Maitin. 4000 Fr. 1. Sanfords Men Cliff (O'Leary), 2. Ouzure, 3. Bull Up. 33:10; 19, 30:10. — Prix de la Societe des Steeple-Chase de France. 2600 Fr. 1. du Verdiers Rosette (Moumell), 2. Les Scorpion, 3. Libérateur. 33:10; — Prix de Clairefontaine. 2500 Fr. 1. Fenwicks Counterpax (R. de Fraquier), 2. Arbitre, 3. Espoir de Gers. 16:10; 16, 21:10.

wb. Der Baglamf Carpentier-Smith, London, 17. Juli. Der Vorlauf zwischen dem Franzosen Carpentier und dem Amerikaner Smith endete mit der Disqualifizierung des letzteren. Smith hatte Carpentier, als dieser auf den Knien lag, einen Schlag versetzt.

Die Ereignisse in Albanien.

Ein Erfolg der Epiroten bei Salona.
A. St. Salona, 17. Juli. Es verlautet, daß die Epiroten, die durch viertausend Mann regulärer, griechischer Truppen mit vier Kanonen verstärkt sind, den Durchmarsch durch Logara erzwangen. Der albanische Major Husni, dem als Generalkommandant Hauptmann Ghilardi zur Seite steht, übernahm den Oberbefehl über die Stadt; Ahmet Effendi übernahm den Befehl über die Regierungstruppen. Die Stadt ist ruhig.

Verdringen der Aufständischen bei Durazzo.
wb. Durazzo, 16. Juli. Die Aufständischen bemächtigten sich des Spital-Punktes auf dem Westufer und legten dort Verbarungen an. Sie richteten ihr Hauptquartier dort ein. Ein Parlamentar wurde zu ihnen geschickt, aber vom Vorposten nicht durchgelassen. Als er zum zweitenmal zu den Aufständischen kam, übergaben sie ihm Briefe für die Gesandten Italiens, Russlands, Frankreichs und Englands. Die Kontrollkommission beschloß, für die Verpflegung der Flüchtlinge aus Salona zu sorgen.

Die italienischen Maßnahmen.

** Turin, 17. Juli. Ein unter dem Kommando des Herzogs der Abruzzen stehendes Geschwader, bestehend aus den Panzerschiffen „Roma“, „Raposa“, „Regina“,

„Selena“ und „Vittorio“ und „Emanuele“, wird am Montag in Spezzia erwartet, um dort kriegsmäßige Ausrüstung aufzunehmen und sofort nach den albanischen Gewässern mit dem Ziel Durazzo abzusenden. Das in Genua liegende 9. Infanterie-Regiment erhielt gleichzeitig den Befehl, sich für den Ausmarsch bereit zu halten, und ist vollständig feldmarschmäßig ausgerüstet. Es wird also angenommen, daß dieser Befehl sich auf eine bevorstehende Einschiffung nach Albanien bezieht.

Ein offizielles italienisches Dementi zur Mobilisierung.
wb. Rom, 17. Juli. Die Agenzia Stefani teilt mit, alle Nachrichten über eine Zusammenziehung oder Entsendung von Truppen entbehren jeder Grundlage.

Auch Serbien dementiert seine Rüstungen.
wb. Belgrad, 17. Juli. Gegenüber der Meldung auswärtiger Blätter über außerordentliche militärische Vorbereitungen Serbiens ist festzustellen, daß nach bestimmten Erklärungen an maßgebender serbischer Stelle keine militärischen Maßnahmen getroffen werden, welche die alarmierende Blättermeldung im entferntesten rechtfertigen könnten.

Die Lage in Mexiko.

Die verwinkelte Lage.
R. Mexiko, 17. Juli. Carranza ordnete die sofortige Entlassung aller politischen Gefangenen an. — Das diplomatische Korps hielt zwei Versammlungen ab, um mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit über die Anerkennung der neuen Regierung durch die Vereinigten Staaten den Inhalt ihrer Ansprache bei dem mittags beim Präsidenten stattfindenden Empfang festzusetzen. Schließlich wurde beschlossen, dem Brauch gemäß in Uniform zu erscheinen. Es hängt jetzt alles davon ab, ob Carranza und Carral zu einer Einigung gelangen. Wenn Carranza darauf besteht, gewaltsam in die Stadt Mexiko einzuziehen, wird mit der Anerkennung zurückgehalten, bis die Wahl stattgefunden hat. Jedenfalls werden die Vereinigten Staaten die Anerkennung der konstitutionalistischen Regierung verschieben, bis eine befriedigende Regelung der aus der Revolution sich ergebenden Forderungen erfolgt. Die amerikanischen Truppen werden nicht aus Veracruz zurückgezogen, bevor nicht jede Schwierigkeit beigelegt ist.

Carranzas Forderungen.
R. Monterrey, 17. Juli. Nach Aussage hoher Beamter der Konstitutionalisten will Carranza, sobald die Konstitutionalisten zur Herrschaft gelangen, die Gültigkeit der Schulden Huertas nicht anerkennen. Diese Mitteilung bedeutet die Antwort auf die Anfragen betreffs der Meldung, daß die fremden Regierungen durch die Regierung der Vereinigten Staaten verlangt haben, Carranza solle die Schulden Huertas anerkennen und allen politischen Gefangenen Amnestie gewähren. Carranza erklärte, nur wenn die Bundesstruppen sich bedingungslos übergeben, könnten die vorgeschlagenen Verhandlungen über den Einzug der Konstitutionalisten in der Stadt Mexiko erfolgreich sein. Daß Carral auf die Stelle Huertas treten sei, sei für die Konstitutionalisten kein Grund zu einem Kompromiß bezüglich der Grundsätze, für die sie kämpfen.

Carral hält für Carranza den Pfad.
wb. Washington, 17. Juli. Carral teilte der Regierung der Vereinigten Staaten informell mit, daß er die Absicht habe, zugunsten Carranzas zurückzutreten.

Strenge Zensur der neuen Regierung.
R. Mexiko, 17. Juli. Die neue Regierung hat über alle eingehenden und ausgehenden Nachrichten eine strenge Zensur verhängt. General Velasco ist an Stelle Manquero zum Kriegsminister ernannt worden.

Letzte Drahtberichte.

Kein Rücktritt des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.
wb. Apenrade, 17. Juli. Das „Apenrader Tageblatt“ schreibt: Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß an der Meldung der „Neuen politischen Korrespondenz“ über einen bevorstehenden Rücktritt des Oberpräsidenten v. Bülow kein wahres Wort ist.

Ein neuer Regierungspräsident in Lüneburg.
wb. Berlin, 17. Juli. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Geh. Oberregierungsrats und Vortragenden Rats im Ministerium des Innern Freiherrn v. Boller zum Präsidenten der Regierung von Lüneburg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und ihr Pariser Korrespondent.
Berlin, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht) Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt im Anschluß an den Konflikt ihres Pariser Korrespondenten Stefan mit den Brüdern Cassagnac mit: Nachdem uns die letzten Unterlagen für das Verbalten unseres bisherigen Pariser Mitarbeiters zugegangen sind, haben wir uns veranlaßt gesehen, unsere Beziehungen zu Herrn Stefan zu lösen.

Um den konfessionslosen Unterricht in Bayern.
* München, 17. Juli. In der Reichratskammer nahm heute der Reichsrat Graf Arno Henneberg gegen den konfessionslosen Unterricht Stellung. Kultusminister v. Knilling erklärte, er habe die ganze Frage geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierungsgenehmigungen für diesen Unterricht nicht aufrechterhalten werden können. Ein verfassungsmäßiger Anspruch auf den Bestand eines solchen Unterrichts bestehe nicht. Im Gegenteil gebe die Zulassung vom verfassungsrechtlichen Standpunkte aus zu Bedenken Anlaß. Die ministerielle Entscheidung, durch welche die Regierungsgenehmigungen außer Wirksamkeit gesetzt werden, sei bereits verfaßt und werde in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Der Oberkonsistorialpräsident Dr. von Bezzeel und der Regensburger Bischof Dr. von Senle sprachen dem Minister den Dank für diese Erklärung aus, die allgemeines Aufsehen erregen wird.

Eine Trauerfeier für Franz Ferdinand in einer historischen Kirche.

Nancy, 17. Juli. Heute vormittag fand in der Kirche in Des Cordeliers unter zahlreicher Beteiligung der Notabeln der Stadt ein feierlicher Gedächtnisgottesdienst für das ermordete Thronfolgerpaar von Österreich statt.

Die Untersuchung in Serajewo.

Budapest, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht) Dem „Vester Lloyd“ wird über die Untersuchung in Serajewo noch gemeldet: In der Untersuchung haben sich neue Momente ergeben, die den Abschluß vor 14 Tagen oder drei Wochen kaum erwarten lassen.

Pionierübungen in Versailles.

Paris, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht) Der Kriegsminister hat heute in Versailles in Begleitung des Gouverneurs von Paris interessante Pionierübungen beigegeben.

Der Straßbahnerstreik.

Haag, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht) Die Streikunruhen der Straßbahner nehmen eine bedenkliche Ausdehnung an. Zwischen streifenden Holländern und arbeitswilligen Deutschen (die Stadt hat sich bekanntlich arbeitswillige aus Berlin kommen lassen) kam es zu wiederholten blutigen Kämpfen, wobei über 20 Personen verwundet wurden.

Ein neuer Proteststreik in Petersburg.

Petersburg, 17. Juli. Als Protest gegen die Unruhen in Baku streifen die Arbeiter großer und kleiner Betriebe in Petersburg. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 54 000.

Russisches Räuberwesen.

Petersburg, 17. Juli. In einer Vorstadt von Kiew drangen Räuber in die Villa des Millionärs Janfelfah ein. Sie stredten diesen sofort durch Schüsse nieder und erschossen dann nacheinander die Frau, zwei Söhne und zwei Töchter.

eine Anzahl von Wertpapieren und einiges Bargeld. Nur der jüngste Sohn der Familie, der sich verheiratet hatte, ist allein von der ganzen Familie am Leben geblieben.

Großfeuer in einer russischen Werft.

Petersburg, 17. Juli. In der Kronschi-Schiffbauanstalt sind drei Abteilungen durch Großfeuer eingeschert worden. Der Schaden wird auf 400 000 Rubel geschätzt.

Verurteilung eines russischen Spions in Schweden.

Malmö, 17. Juli. Der wegen Spionage verhaftete russische Untertan Jannewitsch-Andersen wurde wegen Landesverrats zu 5 Jahren Strafarbeit und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Griechische Flüchtlinge.

A. d. A. Athen, 17. Juli. In Saloniki sind 2000 aus Oithrazien vertriebene Griechen in bejammerenswerterem Zustande eingetroffen.

Die Unsicherheit in Persien.

Bagdad, 17. Juli. Die Straße Chanikin-Kerwanjah wird amtlich für unsicher erklärt. Über 6000 Ladungen britischer Güter im Gesamtwerte von etwa 180 000 Pfund liegen in Chanikin und können nicht befördert werden.

Eine prinzipielle Liebesheirat.

London, 17. Juli. Eine romantische Trauung wurde gestern in der St. James vollzogen. Der Bräutigam war Prinz Louis von Bourbon, ein Neffe des Königs Alfons von Spanien, die Braut ein 23jähriges Mädchen aus London namens Beatrice Harrington.

Ein Dieb erfaßt.

Elberfeld, 17. Juli. Bei dem Versuch, einen in Berlin gestohlenen Werbrief über 2000 M. in einem hiesigen Bankhaus zu verkaufen, wurde ein Kellner aus Frankfurt a. M. verhaftet.

Kiel, 17. Juli. Das deutsche Torpedoboot „S. 1“ schleifte am 15. Juli, nachmittags, den dänischen Schooner „Elise“ aus Kolding, der auf dem Hatterriff festgekommen war.

Paris, 17. Juli. Der türkische Marineminister Djehemal-Pascha reiste heute im Orient-Express nach Konstantinopel ab. Er begibt sich zunächst nach Wien, wo seine Gattin aus Gesundheitsrücksichten weilt, zu kurzem Aufenthalt.

London, 17. Juli. Das Urteil des Admiralsitätsgerichts über den Zusammenstoß der Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ und „Incmore“ ist zugunsten des letzteren ausgefallen.

Briefkasten.

Die Schriftleitung des Zwiesbader Tagblatts übernimmt nur schriftliche Anfragen im Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Reihenfolge, in denen sie eintreffen.

„Bismarck“. Nach dem Vertrag des V.D.R. mit Professor G. Selter vom 18. März 1897 sollte dieser dem Komitee den Denkmalsentwurf unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Da die Stadt Zwiesbaden Eigentümerin des Denkmals ist, wurde ihr auch der Entwurf überlassen.

„A. 181. Teppiche, Möbel und Betten dürfen nur auf dem Hofe in den im Kontrakt oder der Hausordnung vorgesehene Zeiten gereinigt werden. Wenn Sie durch das Reinigen dieser Gegenstände auf dem Hofe in dem Genuß Ihrer Wohnung gestört werden, können Sie dagegen protestieren.“

„A. 182. Sie können reklamieren. Wenn Sie befreit werden, so wird nach den geschiedenen Umständen Ihre Frau zur Einkommensteuer herangezogen.“

„A. 183. Die künftigen Schwabener erhalten Sie in Vogelgeschäften und Samenhandlungen.“

„A. 184. Der angeführte Grund dürfte für eine Ehescheidung kaum ausreichend sein. Die Rentenaufträge der Ehefrau unterliegen der gerichtlichen Festsetzung, ebenso die Zurechnung der Kinder, welche an den nichtschuldigen Teil der Ehegatten erfolgt.“

Reklamen.

Advertisement for toothpaste featuring an illustration of a hand holding a tube of toothpaste. Text: „Etwas Besseres für die Zahnpflege giebt es nicht!“

Man kann's nicht oft genug wiederholen, daß zur Reiseausrüstung immer auch ein paar Schachteln Fajns achte Sodener Mineral-Parfilschen gehören. Man ist dann gegen alle Unbilligkeiten geschützt.

österreichisch-ungarische Gruppe (Wiener Bankverein, Österreichische Kreditanstalt, S. M. v. Rothschild, Anglo-Oesterreichische Bank, Allgemeine Oesterreichische Boden-Kredit-Anstalt, Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, Oesterreichische Länderbank, Unionbank, Pester Erster Vaterländischer Sparkassa-Verein, Pester Ungarische Commercialbank, Ungarische Allgemeine Kreditbank) übernimmt zusammen 25 Proz., die holländische 3 Proz., die belgische 3 Proz., der Schweizerische Bankverein 1 Proz. Schließlich werden 3 Proz. von bulgarischen Banken übernommen.

Berg- und Hüttenwesen. Der Versand des Stahlwerksverbandes betrug im Juni 1914 insgesamt 563 138 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 552 873 Tonnen im Mai 1914 und 605 317 Tonnen im Juni 1913.

Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Darmstadt. Die Gesellschaft vereinbarte seit Beginn des Geschäftsjahres (1. April 1914 bis 30. Juni 1914) insgesamt 2 596 744 M. oder 246 224 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Schiffs-Nachrichten

Table with columns: Dampfer, Herkunft bzw. Reiseziel, Ankunft bzw. Weiterfahrt. Includes entries for Holland-Amerika-Linie and Deutsche Ostafrika-Linie.

Biebrich-Mainzer Dampfschiffahrt. (Angest. Waldmann, Biebrich). Von Mainz nach Biebrich, ab Stadthalle (bei schönem Wetter 1/2 halbstündlich) 8.30, 11.30, 12.30, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 8.45, 9.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 12 Seiten

Verantwortlich für die innere Politik: K. Degerhorst; für die auswärtige Politik: Dr. phil. G. Schellenberg; für die Redaktion: Dr. v. Rauber; für die Druck- und Verlagsverwaltung: Dr. v. Rauber; für die Druck- und Verlagsverwaltung: Dr. v. Rauber.

Handelsteil.

Die Geschäftslage der Seeschifffahrt.

Der Verein Hamburger Reeder veröffentlicht seinen diesjährigen Jahresbericht über die Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 und fällt darin nachfolgendes Urteil, das angesichts der jetzigen Lage besonderem Interesse begegnen wird: „Die Zeitspanne, über die der vorliegende Bericht zu erstatten ist (1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914), darf für die Seeschifffahrt als ein Jahr des ausgesprochenen Niederganges bezeichnet werden.“

weiter die Ernten der großen überseeischen Länder eine stärkere Beschäftigung in der Herbstverschiffungsperiode erwarten lassen. In letzterer Beziehung sind Anzeichen vorhanden, die stellenweise eine Besserung der Geschäftslage erhoffen lassen.

Berliner Nachbörse.

Table with columns: Kreditaktien, Hand.-Gesell., Commerzbank, Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Disk.-Komm.-Anst., Dresdner Bank, Nationalbank, Schaaffhausen, Pet.-Ind.-Akt., Lib.-Börsen, Schantungbahn, Lombard, Anstalt, Baltimore, Kanada, Orientbahn, Meridional, Pennsylvania, Texas, Türkei, Auswärt.-Friede, Bockumer, Luxemburger, Gelsenkirchener, Harpener, Hohenlohe, Laurahütte, Phönix, Rhein. Stahlw., Rembacher, Packerfahrt, Hamb.-Süd., Hans.-Dampsch., Lloyd, Dynamis-Trust, Naphtha-Nobel, Allg. Elektrizität, D.-Uebersee, Siemens, Schuckert, Oes. l. elektr., Untern, South-Weststr.

Banken und Geldmarkt.

Reichsbankausweis. Der nachfolgende Wochenausweis vom 15. d. M., der jetzt zur Veröffentlichung gelangt, läßt die schon in dem letzten Zwischenausweis in Erscheinung getretene Besserung recht deutlich erkennen.

Table with columns: Aktiva (in Mk. 1000), Metall-Beistand, darunter Gold, Reichs-Kasson-Scheine, Noten anderer Banken, Wechselbestand, Lombard-Darlehen, Effekten-Beistand, Sonstige Aktiva, Passiva (in Mk. 1000), Grund-Kapital, Reserve-Fonds, Noten-Umlauf, Depositen, Sonstige Passiva.

Von der neuen bulgarischen Anleihe. Beim Abschluß der neuen bulgarischen Anleihe ist vereinbart worden, dem deutschen und österreichischen Großgewerbe für 100 Millionen Aufträge zu geben, und zwar soll daran Deutschland mit 75 Proz., Österreich mit 25 Proz. beteiligt sein.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ges.“
Scheiter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. - vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Dringelohn. 3. - vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Reichspost. Bezugs-Preise können nach Umständen in Wiesbaden die jeweilige Bestimmung 20. sowie die Postgebühren in allen Teilen der Stadt; in Vertrieb: die örtlichen Postgebühren und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen in „Krebitzmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Form; 20 Pfg. in davon abweichender Form, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bl. für lokale Reichsanzeigen; 2 Bl. für auswärtige Reichsanzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchgehend, nach besonderer Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unvoränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag 18. Juli 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 330. • 62. Jahrgang.

Oesterreich und Serbien.

Die gespannte Lage.

○ Berlin, 17. Juli.

Die Verzögerung des angekündigten österreichisch-ungarischen Schrittes in Belgrad wird in politischen Kreisen als eine aus der Schwierigkeit der Lage hinlänglich zu erklärende Vorsicht gewürdigt. Man hat kein Recht dazu, von schwächlichen Bedenken der Leiter der österreichisch-ungarischen Politik zu sprechen, man muß sich aber sagen, daß Kaiser Franz Joseph und seine Ratgeber das volle Bewußtsein von der ungeheuren Tragweite des auf Serbien auszuübenden Drucks haben, wie er nach den vorliegenden, für die Öffentlichkeit nicht bestimmten Mitteilungen aus Wien doch beabsichtigt ist. Der in Belgrad zu unternehmende Schritt bedeutet, wie man sich doch nicht verhehlen darf, eine Zuspitzung des Gegensatzes zu Rußland. Die Frage also, die sich die Wiener Staatsmänner vorgelegt haben werden, läuft darauf hinaus, ob die letzten Folgerungen gezogen werden sollen. Bei dieser Formulierung des Problems begriff es sich leicht, daß der Entschluß zur Tat erst nach sorgfältigster Erwägung und nach gesicherter Vorbereitung der unter Umständen erforderlichen weiteren Aktion gefaßt, vielmehr auszuführen werden kann. Denn gefaßt ist der Entschluß augenscheinlich, aber man hat den Eindruck, daß erst weitere Bürgschaften für sein Gelingen gewonnen werden sollen. Die Bedenklichkeit der Lage erhöht sich nun aber noch durch die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Italien und Griechenland, der auf Österreich-Ungarn naturgemäß zurückwirken muß. Denn wenn es zunächst nur das ausgeprochene Ziel der italienischen Rüstungen ist, die Griechen von Valona fernzubehalten, so sieht man deutlich genug, daß sich Italien nicht zu dem Zweck anstrengen wird, dem unhaltbaren „Staat“ Albanien Siprus zu sichern, sondern daß für das eigene Interesse gearbeitet werden soll. Eine Politik, die darauf ausgeht, in Valona einen Stützpunkt für die Beherrschung der Adria durch Italien zu schaffen, würde die schlimmsten Folgen für das Verhältnis unserer beiden Verbündeten zueinander nach sich ziehen. Unter der Oberfläche guter Beziehungen gehen offenbar Dinge vor, die schwere Erschütterungen zu bringen drohen. Es kommt hinzu, daß die serbisch-montenegrinischen Verschmelzungsbestrebungen sehr ernst zu nehmen sind, daß also unsere Freunde an der Donau auch nach dieser Seite hin vor einer unmittelbaren Gefahr gestellt werden. Man kann wohl sagen, daß der Horizont stark verdüstert ist und daß die Gefahr einer frieuerischen Entladung seit dem Bukarester Frieden noch nie so groß wie jetzt war. Der Belgrader Be-

streitung der Meldungen von der Einberufung von 70 000 Mann Reserven wird nicht einmal ein Leichtgläubiger vertrauen wollen. Andererseits ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß österreichische Truppenzusammenziehungen in Kroatien und Bosnien stattfinden. Es wird nur nicht darüber gesprochen, aber einige blühartig ausleuchtende Andeutungen genügen, um den Sachverhalt zu erkennen. Auch die beschleunigte Bestellung von 100 000 Güterwagen für russische Rechnung in Frankreich und Belgien ist nichts weniger als geeignet, Gefühle der Verbitterung zu verbreiten. Der Angelpunkt, um den sich alles dreht, bleibt doch das österreich-serbische Verhältnis, und hier wird denn wieder alles davon abhängen, auf welchen Ton Graf Berchtold sein Ersuchen an die serbische Regierung stimmen wird. Die immerhin nicht ganz auszuweisende Möglichkeit, daß man in Wien von dem fruchtlosen Hin- und Herbieten genug hat und sehr bestimmt auf eine klare Entscheidung dringt, wird aber doch durch die Vermutung aufgewogen, daß man es vorziehen wird, dem Gegner eine goldene Rückzugsbrücke zu bauen.

Die serbische Mobilmachung.

Budapest, 17. Juli. Der „Bester Vond“ hält gegenüber dem Belgrader Dementi seine Meldung über die Erhöhung des serbischen Friedenspräsenzstandes auf 110 000 Mann aufrecht. — Auch aus Serajewo nach hier gelangte Nachrichten besagen, daß die Meldungen über serbische Reservisten-Einberufungen tatsächlich der Wahrheit entsprechen. In hiesigen maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß durch diese Maßnahmen ebenso wenig wie durch die serbischen Ablenungsversuche die von Österreich-Ungarn geplanten Schritte beeinflusst werden können.

Die Auffassung Rußlands.

Wien, 17. Juli. Von besonderer Seite erfährt die „Neue Freie Presse“ über die Auffassung, welche Rußland von der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschenden Spannung hat, folgendes: Rußland hofft, daß Österreich-Ungarn keine Forderungen an Serbien stellt, welche die nationale Selbstständigkeit Serbiens irgendwo bedrohen. Rußland wird, wenn die Forderungen der österreichisch-ungarischen Monarchie gemäßig sind, gewiß im Interesse des Friedens alles tun, um sie zu unterstützen.

Eine offizielle englische Stimme.

London, 17. Juli. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die albanische Frage und die österreichisch-serbischen Beziehungen sind im Augenblick zwei von einander getrennte Fragen, aber alle Balkanfragen sind schließlich eins. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß die österreichisch-serbischen Beziehungen durch den albanischen Wirrwarr kompliziert werden, der die serbischen Hilfslieferungen in Verzug führt. Serbien hat keineswegs seine ehrgeizige Sehnsucht nach einem Fenster auf die Adria aufgegeben. Was die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten

Tisza nach dem Verbrechen von Serajewo betreffe, so lasse sich nicht leugnen, daß Österreich-Ungarn einen bündigen Grund zu dem Wunsche hat, in die Beziehungen zu Serbien Klarheit zu bringen. In der Monarchie herrsche eine starke Empörung. Der Glaube sei weit verbreitet, daß die anti-österreichische Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen ist, ihren Ursprung in Serbien hatte. Die darauf folgende serbische Presseschelte verbesserte die Lage nicht. In Österreich-Ungarn sei die Ansicht weit verbreitet, daß versucht werde, die serbische Bevölkerung in der Monarchie zu bearbeiten, um eine Loslösung derselben von Österreich vorzubereiten. Unter solchen Umständen könne man nicht erwarten, daß die Regierung untätig verbleibe. Serbien werde gut beraten sein, wenn es sich die Berechtigung der Besorgnisse seines großen Nachbarn vergegenwärtige und alles tue, um sie zu zerstreuen, ohne auf einen Druck zu warten, der nach den Worten Tiszas kriegerische Verwicklungen bringen könnte. Eine solche Lage zwischen einer großen und einer kleinen Macht sollte zu keiner Gefahr Anlaß bieten, wenn sich die Großmacht hochfahrender Maßregeln enthalte, die den Stolz und die Würde des kleineren Nachbarn verletzen. Die Zeitung schreibt ferner: Wir hoffen und glauben, daß dies der Fall sein wird, so weit Österreich-Ungarn in Betracht kommt, aber die kleinen Balkanländer rechnen auf die Rivalität der größeren Nachbarn. Wir hoffen, daß die Erfahrungen aus dem Balkankrieg eine ernüchternde Wirkung haben werden. Die Mächte waren damals während der ganzen Zeit entschlossen, Verwicklungen zu vermeiden. Wir hoffen auf eine gemeinsame Bemühung, diese Schwierigkeit zu lokalisieren, daß die traurige ultima ratio, wie Tisza sagte, nicht einmal zur Erörterung zu kommen braucht.

Bestimmung gegen einen russischen Botschafts-Attaché in Wien.

Wien, 17. Juli. Der „Reichspost“ wird aus Serajewo gemeldet: In den letzten Tagen weilte hier ein Attaché der Wiener russischen Botschaft, der die offiziellen Stellen ignorierte und nur mit promozionierten Serben verkehrte. In der hiesigen Landesregierung war man über diesen Besuch, der gegen die üblichen Formen nicht angeknüpft worden war, sehr überrascht und fragte deshalb in Wien an. Auch dort war man über eine beabsichtigte Reise des russischen Attachés vorher nicht unterrichtet worden. Der Vorfall hat hier unliebsames Aufsehen erregt.

Die Ereignisse in Albanien.

Stille vor Durazzo.

* Durazzo, 18. Juli. Die Operationen der Rebellen vor Durazzo scheinen zum Stillstand gekommen zu sein. Täglich treffen hier zahlreiche Flüchtlinge aus Valona ein, die von ungeheuren Verwüstungen der Epiroten und Aufständischen zu berichten wissen. Aus Österreich sind jüngst 12 Gebirgsgeschütze eingetroffen, doch sind diese von so altem Jahrgang, daß die holländischen Offiziere sich weigern, mit

Einiges über Polizeihunde.

Von Paul Thielemann (Brunswald).

Das große Interesse, welches das Publikum den Polizeihunden entgegenbringt, bildet den erfreulichen Beweis, daß ihre Wichtigkeit nicht verkannt wird.

Zahlreiche Polizeiverwaltungen haben in den letzten Jahren Polizeihunde eingestellt und sind mit den hierdurch erzielten Erfolgen sehr zufrieden. Fast durchweg haben die Hunde ihren Zweck, die Beamten gegen Angriffe zu schützen und sie bei dem Auffspüren und der Festnahme von Personen zu unterstützen, daneben aber auch eine nicht unwesentliche vorbeugende Tätigkeit auszuüben, vollkommen erfüllt.

Das bloße Vorhandensein des Hundes in vielen Fällen genügt schon, wie die Erfahrung gezeigt hat, um Widersehlichkeiten, die besonders des Nachts gegen einzeln patrouillierende Polizeibeamten nicht selten vorkommen, zu verhindern. Ein erfreulicher Umstand ist es auch, daß die von Hunden besetzten Polizeibeamten bei weitem nicht in dem Maße gefährdet sind, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, als solche, die keinen Hund bei sich haben. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß ein meist ungeschicklicher Hundebiß mehr gefürchtet wird als das Seitengewehr und der Revolver des Polizeibeamten. In vielen Fällen wurden Leute, die sich der Festnahme ihrer Person durch die Flucht entziehen wollten, von den losgelassenen Hunden gefasst und so lange festgehalten, bis ihre Festnahme ohne erhebliche Schwierigkeiten erfolgen konnte.

Mehrfach ist es auch gelungen, mit Hilfe von Polizeihunden Verunstaltete und Betrunkene, die des Nachts im Freien lagen und mitunter der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt waren, aufzufinden und zu bergen. Geradezu unentbehrlich sind Polizeihunde bei nächtlichen Streifen zur Auffindung und Abführung des in Leubenkolonien, Scheunen und Strohmieten nachts schlafenden Gefindels.

Selbstverständlich darf der Polizeihund nicht dazu verwendet werden, um fliehende Übertreter einer Ordnungsvorschrift oder gar fliehende Kinder, die Unfug verübt haben, zu verfolgen und zu stellen. Auf keinen Fall darf die behör-

liche Praxis dazu übergehen, aus dem Polizeihund eine Art Muthund zu machen, was zu berechtigten Besorgnissen, ja zu einer Erbitterung weiter Kreise der Bevölkerung führen würde. An Stimmen, die sich gegen die Verwendung von Polizeihunden richten, hat es bekanntlich durchaus nicht gefehlt.

Die erste Anregung zur Einführung und Ausbildung von Polizeihunden gab der allgemein bekannte Kriminalist Prof. Dr. Hans Groß, jetzt an der Universität in Graz, mit einem im Jahre 1898 für das „Jahrbuch für die österreichische Gendarmerie“ geschriebenen längeren Artikel. Die ersten Polizeihunde wurden in Europa in Hildesheim, wo bekanntlich der hervorragende Polizeischriststeller Senator Dr. Gerland als Polizeidirektor amtiert, im November 1898 in den Nachwächdienst eingestellt.

Verhältnismäßig spät erst, nachdem kommunale Polizeiverwaltungen schon jahrelang Polizeihunde mit Erfolg verwendet, machten sich die königlichen Polizeibehörden in Preußen daran, Hunde für den Polizeidienst, vornehmlich als Kriminalhunde, auszubilden. Im Jahre 1904 empfahl das Ministerium des Innern dem Berliner Polizeipräsidenten die Einführung von Hunden zu Polizeidienstzwecken. Mehrere größere Vereine stellten dem Polizeipräsidenten daraufhin einige Hunde verschiedener Rassen zur Verfügung, von denen deutsche Schäferhunde und der Airedale-Terrier als besonders geeignet zur Dressur befunden wurden. Leider ging der größere Teil der Hunde an der Staupe wieder zugrunde, so daß man zur notwendigen Ergänzung und Vermehrung des Bestandes ältere, gute reinrassige Tiere ankaufen mußte, die gleichzeitig zur Jagd verwendet werden sollten. Die Hunde wurden Schutzmännern, die bereits Erfahrungen in der Behandlung und Dressur von Polizeihunden gesammelt hatten, gegen eine monatliche Entschädigung übergeben und den Außenbezirken Berlins zugeteilt, wobei die öffentlichen Parkanlagen besondere Berücksichtigung erfuhren.

Auf einheitliches Vorgehen in der Pflege, im Unterbringen und Abrichten der Hunde mußte besonderes Gewicht gelegt werden. Es wurden Zwinger gebaut, die allen billigen Anforderungen entsprechen, erkrankte Hunde einem bestimmten Tierarzt zur Behandlung überwiesen und die gleichmäßige Pflege und Ausbildung der Tiere nach bestimmten

Vorschriften durch den unermüdetlich tätigen Leiter des Dienstzweiges genau überwacht. Zur Ausbildung von Führern zog man erprobte Dressoure heran, die bei Vorführung von Hunden in kynologischen Vereinen wiederholt rühmende Anerkennung gefunden hatten und in gemeinsamen Übungstagen ihre Erfahrungen mitteilten, so daß man jetzt eine Anzahl tadelloser Dressoure zur Verfügung hat.

Auch bei der preussischen Gendarmerie finden bereits seit einiger Zeit Polizeihunde Verwendung. Die Hunde sind nicht den einzelnen Gendarmeriestationen zugeteilt, was ja auch bedeutende Kosten verursachen würde, sondern sind an geeigneten Orten untergebracht, von wo aus sie für besondere Fälle verwendet werden. Seit geraumer Zeit besteht überdies, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, in Grünheide bei Erkner eine staatliche Zuchtanstalt für Polizeihunde.

Hat sich nun einerseits die Verwendung des Hundes in vielen Zweigen des polizeilichen Exekutivdienstes außerordentlich bewährt, so darf man doch andererseits nach dem heutigen Stande der Polizeihund-Wissenschaft nicht allzu hoch gespannte Erwartungen an den Polizeihund auf dem wichtigen Gebiete des Ermittlungsdienstes stellen. Die Arbeit des Polizeihundes auf diesem Gebiete, d. h. die Auffindung von Verbrechern oder Gegenständen und Spuren, die mit einer Straftat in Zusammenhang stehen, durch die Spürarbeit des Hundes ist naturgemäß außerordentlich schwierig. Es gehört dazu als notwendige Grundlage ein überaus fein ausgebildetes Geruchsorgan und eine hohe Intelligenz des Hundes. Schon diese beiden Erfordernisse lassen einen großen Teil von Polizeihunden als zum Kriminaldienst ungeeignet ausscheiden. Man muß sich dann bemühen, diese Hunde zu tüchtigen Helfern im Sicherheitsdienst auszubilden; hierzu erweist sich der weitaus größte Teil der Hunde als brauchbar.

Einen wirklichen Wert wird man der Leistung des Polizeihundes auf dem Gebiete des Ermittlungsdienstes nur dann bemessen können, wenn durch sie unmittelbar oder mittelbar eine Überführung des Täters erfolgt, d. h. wenn der Hund entweder Spuren der Tat (z. B. das gestohlene Gut, das zur Tat benutzte Messer) auffindet oder der durch ihn gestellte Täter ein Geständnis ablegt. Der bloße Hinweis eines Polizeihundes auf eine bestimmte Person ohne

Ihnen zu operieren. Die Aufständischen haben sich auf einer Höhe gegenüber Durazzo mit Geschützen postiert.

Die Lage in Salona.

A. St. Salona, 17. Juli. Die Stadt ist ruhig. Die Epitoten umzingeln sie von Süden her, die Aufständischen von Norden. Die Flüchtlinge aus Epirus lagern in der Umgebung der Stadt. Der italienische Admiral Trifari hat Befehl gegeben, daß bei Niseno ein Lager angelegt werde, das durch vier weiße Fahnen geschützt werden solle, und in das sich die Bevölkerung flüchten könne.

Italien für eine Flottenumgebung der Mächte vor Salona.

Wien, 17. Juli. Die „Neue Freie Presse“ erhält von ihrem römischen Korrespondenten folgende Information: Wie ich erfahre, hat sich Italien an die Mächte mit dem Vorschlag gewandt, die Epitoten, falls sie Salona besetzen, durch das Erscheinen europäischer Kriegsschiffe vor der Stadt zu zeigen, daß sie den Willen der Großmächte zu respektieren haben.

Das italienische Expeditionskorps.

Mailand, 18. Juli. Aus Rom wird gemeldet, daß die Andree des Expeditionskorps für Albanien von einem Hafen des Adriatischen Meeres aus erfolgen werde. Alle Korpskommandanten hätten bereits vom Generalstabe die sogenannte Mobilisierungsbefehle erhalten. Die Transportschiffe würden von der ersten Division, die Admiral Amere d'Alte befehligt, begleitet werden. Diese Division setzt sich aus drei Dreimastdampfern und vier Torpedobootjägern zusammen und sei im Golf von Tarent versammelt. Ein Telegramm der Turiner „Stampa“ aus Brindisi meldet, an die dortige Eisenbahnstation seien Anweisungen bezüglich der Ankunft größerer Eisenbahnabteilungen gegangen.

Griechenland und die epitotische Aufstandsbewegung.

Athen, 17. Juli. Die Regierung beauftragte ihre diplomatischen Vertreter im Auslande, die Gerüchte, wonach die griechische Armee an dem epitotischen Feldzug und insbesondere an dem Angriff auf Koriza teilgenommen habe, kategorisch zu dementieren.

Türkische Kriegsgelder für die Aufständischen?

Paris, 18. Juli. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Nachricht: Man sagt sich seit einiger Zeit, welche finanziellen Mittel den mohammedanischen Aufständischen in Albanien zur Verfügung stehen, um damit zahlreichere Truppen unterhalten zu können, zumal sie gleichzeitig vor Durazzo und Salona operieren. Albanien ist durchaus kein reiches Land und Soldaten sind ohne Geld dort nicht zu haben. Eine zuverlässige Information liefert wenigstens teilweise dieses Geheimnis und besagt, daß die mohammedanischen Aufständischen mit Geldern unterstützt werden, die in der Türkei zur Schaffung einer Flotte gesammelt wurden. Ein türkisches Kabinettsmitglied soll vor kurzem die Summe von zwei Millionen Franken nach Albanien geschickt haben. Sollte sich die Meldung bestätigen, so sagt das Blatt hinzu, so muß man anerkennen, daß die Aufständischen mit ihren zwei Millionen mehr erreicht haben als der Fürst von Albanien mit 10 Millionen, die ihm von den Mächten zur Verfügung gestellt wurden.

Surecha-Bei fährt nach Hause.

Wien, 17. Juli. Der albanische Gesandte in Wien Surecha-Bei ist gestern nach Durazzo gereist. Von dort begibt sich der Gesandte nach Salona, wo seine Familie wohnt.

Politische Übersicht.

Die Schiffe auf „Z. IV.“

Nach der eigentümlichen russischen Justiz gegen deutsche Luftschiffe kommt jetzt die Meldung, daß russische Grenzsoldaten den „Z. IV.“ beschossen haben. Zum Glück hat keiner der abgefeuerten Schüsse getroffen.

Ausscheidung weiterer Beweismittel ist völlig wertlos und ohne jede Beweiskraft.

Feiner ist zu beachten, daß die gewerbmäßigen Verbrecher bereits allerlei Gegenmaßnahmen getroffen haben, um der ihnen durch den Polizeihund drohenden Gefahr zu entgehen. Namentlich bei der Begehung von Kapitalverbrechen, wo jede einzelne Möglichkeit genau erwogen wird, setzen sie alles daran, um den Polizeihund für sie unschädlich zu machen. So wird am Latort die Anfangspur mit Substanzen „verwittet“, die der Nase des Hundes unangenehm sind und ihn hindern, die Witterung zu nehmen, oder der Hund wird auf eine falsche Spur zu lenken gesucht, indem die Verbrecher sich bei Begehung der Tat der Sachen unbeteiligter Personen bedienen. Wenn jeder Körper auch einen Eigengeruch ausstrahlt, so wird doch ein solcher, wenn auch nur zeitweise, durch den Geruch der fremden Sachen überdeckt werden. In Fällen, wo jede Minute kostbar ist, wird aber eine wenn auch nur zeitweise Überdeckung des Eigengeruches ausreichen, um den Polizeihund verwirrt zu machen und den Täter entkommen zu lassen. Es soll die Möglichkeit nicht bestritten werden, daß besonders intelligente Hunde mit vorzüglicher Nase sich durch diesen Trick nicht täuschen lassen werden — praktische Beweise hierfür fehlen aber, weil die Dressur diesen ihr offenbar recht unbequemen Punkt praktisch bisher noch nicht ausgeprobt hat. Und doch ist er so außerordentlich wichtig, da er unter Umständen geeignet ist, den Werk des Polizeihundes völlig illusorisch zu machen. Vielleicht entschließt man sich mit Rücksicht auf diese Möglichkeit, doch dieser Frage näherzutreten; denn auch sie spielt für die Frage des Beweiskraftes des Polizeihundes eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Noch einige Worte über die zur Verwendung als Polizeihunde geeigneten Rassen. Im finanziellen Interesse der einzelnen Polizeiverwaltungen liegt es, daß möglichst viele Rassen als Polizeihunde verwendet werden; denn je beschränkter die Auswahl, desto größer wird die Nachfrage für die einzelne Rasse sein und werden daher die nachgefragten Preise um so höher steigen. In Frage können nur die Mittelrassen kommen und von diesen in erster Linie der Schäferhund, und zwar der deutsche Schäferhund. Weiter ist als Polizeihund zu verwenden und dem deutschen Schäferhund wohl gleich zu achten der Airedale-Terrier, der über ganz Deutschland verbreitet ist, und der Dobermann-Pinscher, den man in den thüringi-

Aber die russische Art, deutsche Luftfahrzeuge, die sich über die Grenze verirren, zu behandeln, wird doch allmählich zu einer Gefahr. Das Vorgehen steht im schneidenden Gegensatz zu der Behandlung, die französische Aviatiker in den letzten Tagen in Deutschland erfahren haben, als sie verächtlich über ihre Grenzlinie gerieten. Es wäre wirklich einmal an der Zeit, daß unsere leitenden Kreise Rückhalt die Frage vorlegten, wie es eine solche kriegerische Praxis in Friedenszeiten verantworten zu können glaubt. Bei den russischen Befehlshabern wird es so wie so keinem deutschen Luftschiffe einfallen, zum Vergnügen über die Grenze zu fliegen. Wenn das vorkommt, so liegt dabei nur ein Arrtum zugrunde, und es wäre an der Zeit, den Russen klar zu machen, daß ihre Forderung, als Kulturstaat respektiert zu werden, nicht erfüllt werden kann, wenn sie sich barbarischer Mittel in Friedenszeiten bedienen.

Zur Stichwahl in Labiau-Wehlau

werden wir um die Veröffentlichung des nachstehenden Aufrufes ersucht: Die Reichstagswahl im Kreise Labiau-Wehlau hat zur Stichwahl zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und den Konservativen geführt. Gegen die letzte Wahl haben die Konservativen und die Sozialdemokraten an Stimmen verloren; nur die fortschrittliche Volkspartei hat einen erfreulichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, obwohl die Wahlbeteiligung schwächer als früher war. Jetzt gilt es, den im heißen Wahlkampf errungenen Erfolg in der Stichwahl zu sichern. Die Konservativen sehen alle Hebel in Bewegung, um im letzten entscheidenden Ringen dem Liberalismus den Sieg zu entreißen. Die Linksparteien müssen die volle Kraft einbringen, soll der Wahlkreis erobert werden. Weitere Geldmittel für den Wahlkampf sind erforderlich. Wir danken allen Freunden, die durch wirksame finanzielle Unterstützung zum Erfolg der Hauptwahl beigetragen haben, und vertrauen darauf, daß für die Stichwahl die Opferfreudigkeit der Parteigenossen sich erneut bewähren wird. Beiträge sind an das Zentralbureau der fortschrittlichen Volkspartei, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 6, zu richten. Der Geschäftsführende Ausschuss der fortschrittlichen Volkspartei, Stadtrat Deuk, Stadtrat Oske, Reichstagsabgeordneter Siehr, Chefredakteur Listowsky.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Waisen des ermordeten österreichischen Thronfolgerpaars. Wie die Wiener Zeitungen von informierter Seite erfahren, bekundet Kaiser Wilhelm andauernd in rührender Weise seine Anteilnahme am Schicksal der Waisen des Thronfolgerpaars. Außer der bekannten Kondolenzdepeche langten in letzter Zeit wiederholt Briefe des Kaisers an, in denen der Monarch sein höchstes Interesse für die Kinder bekundet hat.

Das Wahlergebnis in Koburg-Gotha. Bei der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Koburg-Gotha wurden bis 9 Uhr abends gezählt: Arnold (freis. Volksp.) 9178 Stimmen, Hofmann (Soz.) 5792 Stimmen. Das Ergebnis von sechs Orten steht noch aus. Arnold ist somit gewählt. In der Hauptwahl erhielt Arnold 5472 Stimmen und Hofmann 5071 Stimmen, Dr. Stoll (nat.-lib.) 5372 Stimmen. Die Zahl der Mitglieder der fortschrittlichen Partei im Reichstag beträgt nunmehr 45; sie ist damit neben Sozialdemokratie und Zentrum die drittstärkste Partei. Nationalliberale und Konservative haben je 41 Abgeordnete.

Ein Beamtenwechsel im Reichscolonialamt. Unterstaatssekretär Dr. Conze, der sich seit einiger Zeit zur Untersuchung der Dual-Enteignungsangelegenheit in Kamerun aufhält, wird bald nach seiner Rückkehr nach Deutschland in den vorläufigen Ruhestand treten. Dr. Conze war seinerzeit durch den Staatssekretär v. Lindquist in der Beförderung zum Unterstaatssekretär durch den in das Amt

schon Staaten schon den Wendarmhund nannte, bevor der heutige deutsche Schäferhund planmäßig gezüchtet wurde. Neuerdings wird auch der Mottweiler bisweilen im Polizeidienst mit Erfolg verwendet. Es fehlt natürlich nicht an Streitigkeiten über die Eignung der verschiedenen Rassen zum Polizeihund. Diese Polemiken beruhen naturgemäß vielfach auf Geschäftsinteresse und können daher ganz außer acht gelassen werden. Unter den in Betracht kommenden Rassen gibt es eben degote und unbegabte Individuen, eine Eigentümlichkeit, die sich ja nicht nur auf Hundrassen erstreckt.

Aus Kunst und Leben.

Die schlimmste Kritik. Der bekannte amerikanische Schauspieler William H. Crane sah dieser Tage mit einem alten Kollegen und Plauderer von vergangenen Tagen. „Entfindest du dich noch als?“ „Al Travels, des Dramatikers?“ „Aber gewiß.“ „Was ist aus ihm geworden?“ „Weiß nicht, sah ihn seit Jahren nicht. Sah ihn zuletzt in der ersten Parfettreihe des Theaters in Savannah. Es war die Premiere seines letzten Stückes. Er fiel durch, er fiel jämmerlich durch. Al sah kreidbleich, aber gefast, inmitten des Hissens. Dann aber kam das Schlimmste. Eine Dame hinter ihm deutete sich vor und sagte: „Verzeihung, ich wußte, daß Sie der Dichter sind und schnitt mir vor Beginn des Spiels eine Locke Ihres Haars ab. Gestatten Sie mir nun, sie Ihnen zurückzugeben.“ Das war das Letzte. . . .“

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Bei dem vom Konservatorium in Parma veranstalteten Wettbewerb zur Erlangung neuer, zur Aufführung geeigneter Opern, den der Amerikaner Mac Cormick gestiftet hat, wurden insgesamt 80 Werke eingereicht. Der erste Preis in der Höhe von 20 000 Lire wurde der Oper „Erika“ zuerkannt, als deren Autor sich der Florentiner Militärkapellmeister Giovanni Pennacchi ergab. Ein Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur hat sich, wie aus Berlin gemeldet wird, konstituiert. Unter den Mitbegründern befinden sich namhafte Theater-Darsteller, Parlamentarier, Literaten und Journalisten aller Konfessionen und nationalen Parteien. Der Zweck des Verbandes ist die Bekämpfung der gemeinen und niedrigen und der religiösen- und sittenfeindlichen Tendenz auf der

geholt, dann so plötzlich verstorbenen Meyer Bürgermeister Böhrer übergeben worden. Erst nach Böhrers Tode hat ihn Dr. Solz in seine jetzige Stellung befördert. Als Nachfolger Dr. Conzes gilt Direktor Seim, der kurze Zeit, aber sehr erfolgreich in Kamerun Gouverneur gewesen ist und nur aus Gesundheitsrücksichten in den Heimatsdienst zurücktrat. Ihn wiederum soll Geheimrat Meyer-Gershardt ersetzen, dessen hervorragende Tätigkeit in der Regelung der südwestafrikanischen Diamantenfrage ihm in der Wilhelmstraße und im Parlament den Namen „Diamanten-Meyer“ eingetragen hat, und der bisher Dirigent im Kolonialamt war.

Über die Einbringung eines Reichs-Starkstromgesetzes erfährt eine Korrespondenz, daß die Frage, ob die Materie auf reichsgesetzlichem Wege geregelt werden soll, zurzeit noch nicht entschieden ist. Es schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts über diese Angelegenheit, und auch einzelne Bundesregierungen sind zum Teil bereits mit Vorschlägen hervorgetreten, die sich mit einer gesetzgeberischen Regelung der Materie befassen. Es ist aber gegenwärtig noch nicht entschieden, ob eine Vorlage für das Reich ausgearbeitet werden soll, oder ob die Angelegenheit auf Landesgesetzlichem Wege zu regeln ist. Vor längerer Zeit hatte sich Preußen mit der Ausarbeitung eines eigenen Starkstromgesetzes befaßt, das indes Entwurf blieb und nicht zur Vorlage im Landtage gelangte. Die Bestrebungen in Preußen gehen dahin, einem Installationsmonopol und einem Materialmonopol der Elektrizitätsgesellschaften entgegenzutreten, denn zurzeit ist gesetzlich kein Mittel vorhanden, allgemein solche Monopole zu verhindern. Ferner sind keine gesetzlichen Handhaben vorhanden, um auf die Preisgestaltung einzuwirken, was für die Zukunft von ganz besonderer Wichtigkeit ist, da die Benützung der elektrischen Energie immer mehr zunimmt.

Kardinal Hartmann und der Hirtenbrief des Bischofs von Como. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Krefeld: Auf die Ansprache Lenkings (Dortmund) in der Vorstandssitzung des Augustinervereins zur Pflege der katholischen Presse erwiderte Kardinal Hartmann: „Bin u. a., daß er in seiner Rede vom vorigen Sonntag, in der er ausführte, die deutschen Katholiken sollten zum Papste Vertrauen haben, der stets ausgezeichnet informiert sei, nicht den Tadel der Zentrumspartei in dem Hirtenbrief des Bischofs von Como im Auge gehabt habe. Daran habe er überhaupt nicht gedacht. Er billige die betreffende Stelle in dem Hirtenbrief des Bischofs von Como in seiner Weise und sei auch überzeugt, daß, wie er aus sicherer Quelle wisse, der hl. Vater überhaupt keine Mißbilligung des Zentrums beabsichtige.“

Eine Rechtfertigung der Postbehörde in Jabern. Der Major a. D. Hermann Schäfer, der bei den Jaberner Vorfällen Anschuldigungen gegen das dortige Postamt erhoben hatte, wurde von der Oberpostdirektion in Straßburg wegen Beleidigung verklagt. Er erläßt nunmehr eine Erklärung, in der es heißt, er nehme die Beleidigung gegen die Beamten des Jaberner kaiserlichen Postamts, von deren völliger Grundlosigkeit er sich überzeugt habe, mit dem Ausdruck des Bedauerns als zu Unrecht erhoben zurück.

Der Besuch französischer Papierindustrieller in Berlin. Die französischen Papierindustriellen, die zurzeit in Berlin weilten, wurden gestern in der Handelskammer durch Geheimrat Ravens begrüßt. Darauf fand eine Besichtigung verschiedener Kartonfabriken und offizieller Empfang bei dem französischen Vizekonsul statt.

Die hessischen Landtagswahlen. Die Landtagswahlen im Großherzogtum Hessen sind auf den 6. November anberaumt worden.

Die Einweihung der Eddertalsperre wird, wie aus Waldeck gemeldet wird, am 25. August in Gegenwart des Kaisers stattfinden.

Heer und Flotte.

Die diesjährigen Kaisermandver. Sicherem Vernehmen zufolge werden an den diesjährigen Kaisermandver. der königliche von Griechenland sowie der junge österreichisch-ungarische Thronfolger teilnehmen. Ebenso wird der Chef des rumänischen Generalstabs, der bereits eine Einladung

Bühne und die Grundbildung der Aufführung künstlerisch wertvoller Stücke durch Organisation des Theaterbesuchs. Der Verband beabsichtigt, im September d. J. in Frankfurt a. M. zum erstenmal mit einer großen Kundgebung an die Öffentlichkeit zu treten.

Der Akademieprofessor a. D. Kunstmaler Karl Raupp in München ist von der dortigen Akademie der bildenden Künste zum Ehrenmitglied gewählt und vom König bestätigt worden. Professor Raupp (geb. 1837 in Darmstadt) war Schüler von A. Lucas, Jakob Beder und Piloty. Sein Hauptgebiet ist die Landschaft, seine Motive entnimmt er meist vom Chiemsee.

Wibende Kunst und Musik. Die Witwe von Adolf Busch hat dem Fonds des Germanischen Museums an der Harvard-Universität weitere 57 000 Dollar zur Vollendung der Neubauten überwiesen. Edgar Degas, der große französische Impressionist, vollendet am 19. Juli sein 80. Lebensjahr.

Wissenschaft und Technik. An der Universität Halle studieren im Sommersemester 1914 mit Einschluß der nachträglich Immatrikulierten und Hospitanten 425 Landwirte von Verus. Davon gehören der Provinz Hessen-Rassau 6 an. Abermals wurde in Paris ein „Siamesisches Zwillingenpaar“ durch chirurgischen Eingriff getrennt. Professor Rigout nahm mit Hilfe seines Assistenten die chirurgische Trennung eines Säuglingspaars Marie-Anni und Anni-Marie vor, das am unteren Ende der Wirbelsäule zusammengewachsen war. Die Kinder wurden chloroformiert und die Operation nahm genau 14 Minuten in Anspruch; jetzt schlummert jede der kleinen Schwestern in einer besonderen Wiege.

Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat den Professor Dr. h. c. Michael Roskowsky von der Petersburger Universität und Professor Bernh. Suffer, den Leiter der Wieland-Ausgabe der Berliner Akademie, zwei hervorragende Philologen, zu korrespondierenden Mitgliedern ihrer philologisch-historischen Klasse gewählt.

Der bekannte a. Professor des katholischen Kirchenrechts, Völkerrechts, der Rechts-Philosophie und Enchiklopädie Dr. Christian Meurer in Würzburg hat nunmehr, nach Eingreifen des Kultusministeriums und der Würzburger Universität, den bereits angenommenen Ruf nach Freiburg i. Br. abgelehnt.

erhalten
Platten
feiner
preußisch
(L. Kuch

Das
Bie n,
Kaisers
vom Lan
Oberbefehl
des A
Ange
Franz
tor der

Die
golgisch
und bis
Landtag
mehr sol
rat auf

Die
17. Juli,
der deut
furger
Schreibe
glieder d
der Bes
einen g
bilde. A
zung vor

Ein
Eine hal
Jhon B
missia
Bescheffe
der Dite
Spilke
ihre Ar

Von
Flottend
Tagen
Ergebnis
Konterab
1 Uhr
eine He
die die
und die
Heimg
ders, d
Linie d
der sein

Das
Namm
unte
über
Spre
sowie
welche

Die
vom „F
1090 Br

Bei
17. Ju
Volsch
Pangere
vaidens
ber das
das G
Abretu
dene Bil
getraue

Die
nettsch
treffend
Somertu
tion
Die O
Kabinet
stimm

Die
Heute
ständig
dem ers
schiff
Kaiser
trossen
einen
preuß

Di
Juga
diten
Waffen
Teil
auch
Näden
zuge

Be
Senat
Friedri

Di
Die g
Ansch
füng
Sozora
Sämtl
von
Lau?
Der

erhalten hat, den Wandern beizubringen. Der König von Italien wird bei seinem Aufenthalt in Deutschland anlässlich seiner Teilnahme an den Kaiserwahlen auch sein preussisches Husaren-Regiment König Humbert von Italien (I. kaiserliches Nr. 13) in Diederhofen beschäftigen.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Das Handschreiben des Kaisers an Erzherzog Friedrich. Wien, 17. Juli. Durch das erwähnte Handschreiben des Kaisers an Erzherzog Friedrich, das diesen unter Entziehung vom Landwehrrückmarsch zur Disposition des kaiserlichen Oberbefehls stellt, wird die Art der Stellvertretung des Kaisers in allen die gemeinsame Armee betreffenden Angelegenheiten wieder hergestellt, die Erzherzog Franz Ferdinand vor seiner Ernennung zum Generalinspektor der gesamten Wehrmacht ausübte.

Die galizischen Landtagswahlen. Wien, 17. Juli. Die galizischen Landtagswahlen werden am 7. Oktober beginnen und bis zum 4. November dauern. Die Einberufung des Landtags gleich nach den Wahlen ist nicht beabsichtigt, vielmehr soll schon während der Landtagswahlen der Reichsrat zusammentreten, voraussichtlich am 27. Oktober.

Die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen. Prag, 17. Juli. Der Vollzugsausschuss der ehemaligen Vereinigung der deutsch-tschechischen Reichsratsabgeordneten beschloß nach kurzer Aussprache einstimmig, an den Grafen Rostiz ein Schreiben zu richten, in welchem erklärt wird, daß die Mitglieder des Vollzugsausschusses einstimmig der Ansicht sind, daß der Beschluß der tschechischen Parteien vom 30. Juni nicht einen geeigneten Boden zu weiteren Verhandlungen bilde. Die Deutschen seien nicht in der Lage, von der Erklärung vom 22. Juni abzugehen.

Frankreich.

Eine amtliche Rüstungskommission. Paris, 17. Juli. Eine halbamtliche Note teilt mit, daß das Kriegsministerium schon 14 Tage vor dem Beschluß des Senats eine Kommission ernannt hat, welche in genauer Weise die für die Verbesserung des Kriegsmaterials gemachten Ausgaben an der Ostgrenze kontrollieren soll. Die Kommission, an deren Spitze ein General und ein Generalinspektor stehen, wird ihre Arbeiten unverzüglich beginnen.

Von den Flottenübungen. Paris, 17. Juli. Von den Flottenübungen des Nordsee-Geschwaders, die in den letzten Tagen stattfanden, erzählt der "Matin" zwei bemerkenswerte Ereignisse. In einer Nacht gelang es den roten Kreuzern des Konteradmirals Le Cannellier, die den Feind darstellten, gegen 1 Uhr morgens an einer nicht bezeichneten Stelle der Küste eine starke Manuskrafts-Abteilung zu landen, die die Besetzung der nahe gelegenen Inseln übernahm und diese besetzte. Wenige Stunden später jedoch erfolgte die Heimzählung. Ein Unterseeboot des blauen Geschwaders, das die französische Seemacht darstellte, erreichte die Linie der roten Kreuzer und landete mit Erfolg gegen jedes der feindlichen Schiffe einen Torpedo ab.

Das Luftfahrgezet. Paris, 18. Juli. Das in der Kammer am Schluß der Tagung eingebrachte Luftfahrgezet unterliegt u. a. den Flug von Luftschiffen und Flugzeugen über militärische Zonen, das Mitnehmen von Sprengstoffen und photographischen Apparaten sowie die Beförderung von deutschen Waren, welche einem Otkros unterworfen sind.

Die Sammlung für "Danke". Paris, 17. Juli. Die vom "Figaro" heute veröffentlichte erste Spendeliste erreicht 1080 Franken.

Spanien.

Feierliche Übergabe des Panzers Philipps II. Madrid, 17. Juli. Gestern erfolgte durch den französischen Botschafter Herrn Goffray die feierliche Übergabe des Panzers Philipps II. aus dem Pariser Heeres- und Invalidenpark an den Minister des Kabinet Marquis de Roma, der das Brautstück unter dem Ausdruck lebhaften Dankes für das Gestirnial-Museum entgegennahm. Die durch die Abführung des Panzers im Pariser Heeresmuseum entstandene Lücke wurde durch eine in Paris angefertigte vollständig getreue Nachbildung ausgefüllt.

England.

Die Ulsterfrage. London, 17. Juli. Nach zwei Rabinetsbesprechungen wurden die Anschauungen der Regierung, betreffend das Ersuchen des Ausschusses von Ulster von der Homersbill, der Versammlung von Führern der Opposition in Form eines Gegenvorschlages unterbreitet. Die Entscheidung dieser Versammlung wurde darauf dem Kabinett vorgelegt. Es ist jedoch noch keine Übereinstimmung erzielt worden. Die Lage ist unverändert.

Nordische Staaten.

Die Nordlandkreise des Kaisers. Valstrand, 17. Juli. Heute früh gegen 1/2 11 Uhr machte der Kaiser einen fast zweistündigen Spaziergang in die Berge und beschäftigte sich nach dem ersten Frühstück das vorgelagerte hier eingelaufene Schulschiff "Victoria Luise". Nachmittags besuchte der Kaiser die mit dem Kurier um 2 Uhr aus Berlin eingetroffenen Depeschen und unternahm gegen Abend abermals einen Spaziergang an Land. Das Wetter ist andauernd prächtig, sehr warm.

Italien.

Die Massenflucht von Reservisten in der Schweiz. Lugano, 17. Juli. Eine wahre Abwanderung der Reservisten hat wegen der Einberufung begonnen. Sie flüchten in Massen nach dem Kanton Tessin. Sind es auch zum großen Teil sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter, so trifft man doch auch auf junge Leute besserer Stände, die dem Vaterlande den Rücken wenden, weil sie die Strapazen eines Sommerfeldzuges nicht auf sich nehmen wollen.

Vertagung der Kammer. Rom, 18. Juli. Nachdem der Senat allen von der Kammer angenommenen Gesetzentwürfen zugestimmt hat, hat er sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Balkanstaaten.

Die bulgarische Anleihe abgelehnt. Sofia, 18. Juli. Die gestrige Nummer der Staatszeitung veröffentlicht die Anleiheverträge mit der Berliner Diskontogesellschaft, die förmliche Sanktion und ihre Annahme durch die Obrigkeit, die gestern bis auf den letzten Platz gefüllt war. Sämtliche Parteien hatten ihren letzten Mann aufgebieten, von 248 Abgeordneten waren 239 anwesend. Es kam im Senat zu einer mit zu unbedeutenden Värmungen. Der Beschluß der Opposition gegen die Anleihe ist end-

gültig verloren. — Die bulgarische Regierung wandte sich übrigens an die deutsche Bankgruppe mit dem Ersuchen, jetzt noch auf die Konzession zur Ausbeutung der Kohlengruben von Bernik und Bobombol zu verzichten, um dadurch der Opposition die Hauptwaffe zu entziehen. Man hält den Bescheid für wahrscheinlich, da die Konzession tatsächlich geringwertig ist.

Die bulgarisch-rumänischen Grenzzwischenfälle. A. T. B. Sofia, 17. Juli. Nach ergänzenden Nachrichten scheint es festzustehen, daß der Angriff auf den bulgarischen Grenzposten seitens der rumänischen Truppen vorbereitet worden ist. Auf Seiten der Bulgaren geschieht alles Mögliche, um die Wiederholung von Grenzzwischenfällen zu vermeiden. Der Kriegsminister sandte nochmals Befehle an die militärischen Grenzeinheiten, in welchen er ihnen einschärft, sich jeder Maßnahme zu enthalten, die zu weiteren Zwischenfällen Anlaß geben könnten.

Eine schwere Beschuldigung gegen König Peter. Wien, 16. Juli. Aus Serajewo wird der "Reichspost" von einer angelegenen Persönlichkeit geschrieben: Der vor vier oder fünf Jahren verstorbenen Pfarrer von Semlin, Matthäus Straus, hatte folgenden Erlebnis: Wenige Tage vor der Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga im Jahre 1903 erschien bei ihm in späterer Nachfrunde ein älterer Herr, der ihn bat, ihn für die Nacht zu beherbergen. Seinen Namen zu nennen, weigerte er sich. Als der Pfarrer ihm erklärte, er könne einen Mann, der nicht einmal seinen Namen nenne, nicht als Gast aufnehmen, er möge lieber in einem der Semliner Hotels nächtigen, da erwiderte dieser, daß er keine guten Gründe habe, nicht in einem Hotel abzusuchen, er bitte ihn daher, ihn diese Nacht aufzunehmen. Er werde ihn gut bezahlen. Darauf drohte der Pfarrer mit der Polizei, und der Fremde verschwand eiligst. Als dann Peter Karageorgiewitsch als König in Belgrad einzog, da zeigte den Pfarrer die Reuzierde, den neuen König zu sehen, und zu seinem Erstaunen erkannte er in ihm den Fremden, der wenige Tage vor der schauerlichen Blutnacht im Belgrader Hotel ihn um ein Nachtquartier gebeten hatte. (Wahrscheinlich hat König Peter stets erklärt, an der Ermordung des letzten Obrenowitsch vollkommen unschuldig zu sein.)

Türkei

Griechische Vorstellungen in Konstantinopel. Konstantinopel, 17. Juli. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der griechische Gesandte Panas gelegentlich seines letzten Schrittes auf der Pforte dem Großwesir erklärt, daß der in Abakli hervorgerufene Zwischenfall, durch den der dortige griechische Konsul beleidigt wurde, einen sehr ernsten Charakter trage und die griechische Regierung darauf bestehen müsse, daß die Schuldigen bestraft werden.

Die schweizerische Vermittlung. Konstantinopel, 17. Juli. Der erste Rechtsbeirat der Pforte ist nach Smyrna abgereist, um das Abkommen bezüglich der Ernennung eines schweizerischen Oberschiedsrichters für die türkisch-hellenische Auswanderungskommission zu verhandeln und dessen Befugnis festzusetzen.

Die Kontrolleure für Armenien. Konstantinopel, 17. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Norwegers Hof zum Generalinspektor der Wilajets Van, Billa, Kamuretuclazig und Djarbek und des Holländers Westermant zum Generalinspektor der Wilajets Trapezunt, Erzerum und Sitwak.

Zur Beruhigung Arabiens. R. Simla, 18. Juli. Die Pforte hat einen neuen, wichtigen Schritt zur Befriedigung Arabiens getan, indem sie ihren alten Segner, Ben Saud, zum Generalgouverneur und Oberbefehlshaber ernannt und ihm die Vollmacht erteilt hat, zur Herbeiführung der Ordnung Truppen auszuführen.

Nordafrika.

Französische Eisenbahnpläne in Marokko. Paris, 18. Juli. Nach einem Berichte des Deputierten Long werden in Marokko, abgesehen von der Bahnlinie Tanger-Fez, vom Generalresidenten Biaudet noch eine zweihundert Kilometer lange Zweiglinie Casablanca-Rabat-Fez, eine zweihundertfünfzig Kilometer lange Linie Casablanca-Rarakech und eine dreihundert Kilometer lange Linie Fez-Adschda geplant.

Dereinigte Staaten.

Bermittlung im Eisenbahnstreik. Chicago, 17. Juli. Die Vertreter von 55 000 Maschinen- und Holzern von 98 Eisenbahnen des Westens, die höhere Löhne verlangten und, wie gemeldet, keine Vermittlung annehmen wollten, haben jetzt die Vermittlung der Bundesregierung angerufen.

Mittelamerika.

Neue Unruhen in Haiti. New York, 18. Juli. Wie aus Port-au-Prince gemeldet wird, haben dort neue revolutionäre Unruhen stattgefunden. Es kam zwischen den Revolutionären und ihren Gegnern zu einem Feuergefecht in den Straßen von Port-au-Prince. Unter den Bewohnern brach eine Panik aus. Den Regierungstruppen gelang es schließlich, der Bewegung Herr zu werden.

Mexiko.

Guerra an der Küste. Puerto Mexiko, 18. Juli. Guerra und Blanquet sind gestern Abend hier eingetroffen. Sie verbrachten die Nacht im Eisenbahnzuge.

Der Dank der ABC-Staaten an Herr del Val. Rom, 18. Juli. Die Regierungen von Chile und Argentinien haben durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter beim Vatikan dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val ihren wärmsten Dank ausgedrückt für die so wirksame Mitwirkung des Heiligen Stuhles an der erfolgreichen Durchführung der Vermittlung der drei südamerikanischen Republiken, durch die der Friede zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten gesichert worden sei.

Asien.

Die chinesische Frage in Niederländisch-Indien. Amsterdam, 16. Juli. Ein Teil der im holländischen Archipel wohnenden Chinesen hat in der letzten Zeit gegen die holländische Regierung eine herausfordernde Haltung angenommen, gegen die wohl die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden dürften. Vor etwa acht Tagen ist die Polizei in Samarang in eine chinesische Spielhölle eingedrungen, wobei ein Chinese erschossen wurde. Jetzt meldet ein Neutelergramm aus Batavia, daß sich die chinesische Kolonie in Batavia telegraphisch an die chinesische Regierung mit der Bitte gewandt habe, tatkräftige Maßnahmen zu nehmen, damit in Zukunft von der holländischen Polizei keine Spieler mehr erschossen und keine Einfälle in Spielhäuser mehr gemacht werden. Dasselbe haben bereits vor acht Tagen

die Chinesen in Samarang getan, indem sie sich bei dem Präsidenten der chinesischen Republik und dem chinesischen Generalkonsul in Batavia beklagten. Dazu bemerkt der "Nieuwe Rotterdamse Courant": "Wir können die Folgen des Auftretens der Chinesen ruhig abwarten, wir wünschen aber auch, in unseren Kolonien die Herren im Hause zu bleiben. Ist ein Chinese ohne zwingende Notwendigkeit erschossen worden, dann wird, auch ohne daß sich die chinesische Regierung einmischte, das Recht seinen Lauf haben."

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Stadtparlament.

Fast schien es so, als ob die letzte Sitzung vor den Sommerferien sich noch einmal recht in die Länge ziehen sollte. Durch eine neuerliche Eingabe der Detailisten war das Thema der völligen Sonntagsruhe gleich zu Beginn der Verhandlungen zum Gegenstand einer längeren Besprechung geworden, wobei von sozialdemokratischer Seite die Befürchtung einer Verschleppung der Angelegenheit zum Ausdruck gebracht wurde. Vom Magistratsbüro kam die Antwort und Stadtrat Dr. Hefz nahm die Kommission in Schutz, der eine Vorlage vor den Ferien darum nicht möglich gewesen sei, weil die Ausnahmebestimmungen erst den königlichen Behörden vorgelegt werden müssen. Nicht weniger gründlich wurde ein Protest der Schloßlerinnung besprochen, welche die Vergebung der eisernen Gdränne für den Museumneubau an eine auswärtige Firma als eine Schädigung des hiesigen Handwerks betrachtet. Man hätte zum mindesten einen Probeauftrag anfertigen lassen müssen, um sich von der Leistungsfähigkeit des Wiesbadener Handwerks zu überzeugen. Nach längerem Für und Wider rechtfertigte sich der Magistrat und der Übergang zur Tagesordnung fand auf der Zuschauertribüne in dem geräuschvollen Abgang der Schloßlermeister, welche der Verhandlung beizuwohnen, einen hörbaren Widerhall. Eine Anfrage des Stadtrats Hartmann nach der Verwendung der Steuerüberschüsse aus den wohlthätigen Folgen des Generalpardon, wobei der Fragesteller die Berechtigung der Wünsche der städtischen Lehrer und Beamten, nicht hinter ihren Kollegen in der Reichs- und Staatsverwaltung zurückzusehen, hervorhob, aber auch betonte, daß die verschiedenen Berufsstände von dem Überschuss eine Berücksichtigung ihrer Interessen durch steuerliche Entlastung erhoffen, hatte eine kleine Finanzrede des Oberbürgermeisters zur Folge. Geheimrat Gläffing zählte die Überschüsse auf, wies dabei aber auch auf die außerordentlichen Ausgaben hin, die davon bestritten werden müssen. Die großen Hoffnungen, die der Einkommensteuer-Mehrertrag zeitig hat, stehen natürlich in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Ergebnis. Sollten sie alle erfüllt werden, dann müßte der Überschuss, der in Wirklichkeit 302 000 M. beträgt, davon aber schon im voraus 50 000 M. in den Etat eingeleitet wurden, 1 1/2 Millionen betragen. Auch der Oberbürgermeister erklärte die Wünsche der Beamten, Lehrer und der anderen Berufsstände an, glaubt aber mit dem Magistrat auf dem richtigen Weg zu sein, über die Verwendung jener Mehrerträge erst bei der Aufstellung des Etats für 1915 definitiv zu entscheiden. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Oberbürgermeisters am Schluß seiner Rede, daß neben der Förderung des städtischen Beamtenstandes, auch andere Stände in wirtschaftlich sehr bedrückten Verhältnissen leben und ein Recht haben, vom Magistrat in ihren Wünschen gehört und tatkraftig berücksichtigt zu werden. Dann wurde das Schicksal der Freifahrtscheine für Stadtverordnete entschieden. Was der Magistrat hier nach einem Abkommen mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft vorlegte, war allerdings kaum dazu angetan, große Freude auszulösen. Der Inhaber eines solchen Dienstfahrtscheins blockt zu 20 Stück mit je einmonatlicher Geltendmachung wäre sein eigener, sich selbst kontrollierender Schaffner geworden, und das hätte, wie ganz richtig bemerkt wurde, kaum der Würde der Stadtverordneten entsprochen. Die Entscheidung war knapp, aber mit 14 gegen 13 Stimmen wurde der Vorschlag abgelehnt. Die Änderung der Gebührenordnung zur Kanalbenuhung, die durch den von der Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht verlorenen Prozeß des Kurhauspächters notwendig geworden war, wurde ohne Debatte angenommen. Der "gemeine Wert" ist durch einen "Schätzungswert" ersetzt worden. Weniger glatt war die Erhebung der Filialsteuer für die Zweigniederlassungen einheimischer Hauptgeschäfte, die als logische Folge der in der vorigen Sitzung angenommenen Besteuerung der hiesigen Zweiggeschäfte auswärtiger Hauptniederlassungen kommen mußte. Von sozialdemokratischer Seite lag ein Antrag auf Ausnahme der Konsumgenossenschaften vor, der in einer längeren Rede des Stadtrats Deumer ausführliche Begründung erfuhr. Die Verammlung hatte aber wenig Reizung, diesen Wunsch zu berücksichtigen, und nahm die Steuer an, deren Satz 1 M. 76 Pf. pro 1000 beträgt und damit etwas niedriger ist als der 2 M. pro 1000 betragende Satz für die Besteuerung hiesiger Filialen auswärtiger Geschäfte. Der Rest der Beratungsgegenstände fand Annahme nach den Kommissionsbeschlüssen. Mit besten Ferienwünschen konnte Justizrat Dr. Alberti die Stadtverordneten bis zum Herbst verabschieden.

Lernet atmen!

Euch Knaben und Mädchen, euch Jünglingen und Jungfrauen, die ihr die lange Zeit der schönsten, sonnigsten Ferien vor euch habt, rufen wir eindringlich zu: Lernet atmen! Nicht stoßweise, nicht heftig und kurz, sondern durch die Nase langsam ein- und durch den Mund ebenso langsam ausatmend. Dies aber nicht in dumpfer Stuben- und Stadtluft, sondern im Freien. Vor allem unter hochragenden Tannen oder Niefnern. Wenn ihr dies mehrmals am Tage übt und dahin bringt, das Atmen so zu verlangsamen, daß ihr in einer Minute höchstens vier Atemzüge macht, und so die Lunge vollkommen zu leeren und mit schöner neuer Luft zu füllen vermögt, dann habt ihr Anspruch darauf, euch Meister in der Atemkunst zu nennen. Doch werdet ihr diese Meisterschaft nicht erlangen, wenn ihr nicht gleichzeitig lernt, eine entspannende Körperhaltung anzunehmen und die Brust beim Einatmen allmählich zu weiten, indem ihr sie langsam vordreht und die Arme bis zur Höhe der Schultern breitet, und zu verengen, indem ihr die Arme sinken laßt und an den Körper fest andrückt. Diese bei solchen Übungen angenehme Körperhaltung behaltet auch beim Wandern bei. Nicht steif, sondern ungezwungen, aber stets aufrecht und mit herbegehrter Brust, leicht, aber tief atmend, wo die Luft staubfrei und

Kursberichte vom 18. Juli 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Franc, and others.

Table with exchange rates for Gold-Rubel, Silber-Rubel, and other currencies.

Berliner Börse.

Main table for Berlin stock market, including Bank-Aktien, Chemische Werke, Eisenbahnen, and Bergwerks-Unternehmungen.

Table for Deutsche Kolonial-Ges. and Industrie-Aktien, listing various colonial and industrial companies.

Table for Aktien v. Transp-Anstalten and Pr-Obligat. v. Transp-Anst., listing transportation companies and bonds.

Table for Pr-Obligat. v. Transp-Anst. (continued) and other financial instruments.

Table for Diverse Obligationen and Verzinste Lose, listing various bonds and interest-bearing securities.

Frankfurter Börse.

Main table for Frankfurt stock market, including Staats-Papier, Ausländische, and Bank-Aktien.

Table for Industrie-Aktien (continued) and other financial instruments.

Table for Aktien v. Transp-Anstalten (continued) and Pr-Obligat. v. Transp-Anst.

Table for Diverse Obligationen (continued) and Verzinste Lose.

Table for Unverzinsliche Lose, Wechsel, and Londoner Börse.

Londoner Börse.

Table for Londoner Börse, including Tondenz: ruhig, Amerikanische Bahnen, and various market indicators.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Sonntag' and other fragments.